

# *Publiek, media en politiek*

Über das Verhältnis zwischen politischer Kultur  
und politischer Kommunikation in den Niederlanden

Abschlussarbeit im Studiengang  
Bachelor Sozialwissenschaften  
an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

vorgelegt von

Torsten Stollen

Betreuender Gutachter: Dr. Stefan Marschall  
Zweiter Gutachter: Dr. Nils Bandelow

Original vom Düsseldorf im September 2003

1. korrigierte Fassung vom 30. September 2003

## I. Inhaltsverzeichnis

I	Inhaltsverzeichnis .....	2
II	Verzeichnis der Tabellen .....	3
III	Abkürzungsverzeichnis .....	3
<b>1</b>	<b>Einführung .....</b>	<b>4</b>
1.1	Idee zu dieser Arbeit .....	4
1.2	Fragestellung .....	5
1.3	Konzept und Vorüberlegungen .....	5
<b>2</b>	<b>Politische Kultur in den Niederlanden .....</b>	<b>6</b>
2.1	Das Konzept der Konkordanzdemokratie .....	6
2.2	Die versäulte Struktur der Niederlande ( <i>verzuiling</i> ) .....	7
2.3	Gesellschaftlicher Wandel und Entsäulungsprozess ( <i>ontzuiling</i> ).....	10
2.4	Polarisierung und Rückkehr zur Konsenspolitik.....	11
2.5	Verhandlungsdemokratie .....	13
<b>3</b>	<b>Das politische System .....</b>	<b>14</b>
3.1	Kurzdarstellung .....	14
3.1.1	Das Wahlsystem .....	15
3.1.2	Die Regierungsbildung ( <i>formatie</i> ) .....	15
3.2	Die politischen Parteien .....	17
3.2.1	Das Parteienspektrum .....	17
3.2.2	Mitgliederentwicklung und Parteienfinanzierung .....	20
<b>4</b>	<b>Das Mediensystem .....</b>	<b>21</b>
4.1	Die Presselandschaft .....	21
4.2	Die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks .....	22
4.2.1	Radio .....	23
4.2.2	Fernsehen .....	23
4.3	Das Privatfernsehen .....	24
4.4	Die Dreiteilung medialer Macht ( <i>wet van drie</i> ) .....	25
<b>5</b>	<b>Politische Kommunikation in den Niederlanden .....</b>	<b>26</b>
5.1	Die Entwicklung des Wahlkampfes .....	26
5.1.1	Die Phase der Sicherheit (1945-1965) .....	26
5.1.2	Die Phase der vorsichtigen Veränderung (1965-1986) .....	28
5.1.3	Die Phase der Unsicherheit (1986-2002) .....	30
5.1.4	Die Wahlen 2002 und 2003 und das Phänomen Pim Fortuyn .....	32
<b>6</b>	<b>Schlussbetrachtungen .....</b>	<b>33</b>
6.1	Konsens der Eliten .....	33
6.2	Polarisierung der Progressiven .....	34
6.3	Konsens der Vernünftigen .....	35
6.4	Polarisierung der Zyniker .....	36
6.6	Ein Fazit .....	38
IV	Quellenverzeichnis .....	39

## II. Verzeichnis der Tabellen und Übersichten

Tabelle 1	Die Versäulungsstruktur 1964 .....	9
Tabelle 2	Der Stimmenanteil der Versäulungsparteien bei den Parlamentswahlen 1946-1972 .....	10
Tabelle 3	Der Stimmenanteil der Versäulungsparteien und des progressiven Blocks von 1972 bei den Parlamentswahlen 1967-2003 .....	11
Tabelle 4	Übersicht über die Regierungskabinette seit 1946.....	16
Tabelle 5	Mitgliederzahlen ausgewählter Parteien in den letzten 20 Jahren .....	21
Übersicht 1	Der Prozess zum politischen Zynismus in den Niederlanden .....	38

## III. Abkürzungsverzeichnis

ANVV	Algemeen Nederlands Werkliedenverbond
ARP	Anti-Revolutionaire Partij
BP	Boerenpartij
CDA	Christen Democratisch Appel
CHU	Christelijk-Historische Unie
CNV	Christlich-Nationaler Gewerkschaftsbund
CPN	Communistische Partij Nederland
CU	Christen Unie
D66	Democraten 66
DS'70	Democraten Socialisten 70
FNV	Federatie Nederlandse Vakbeweging
GPV	Gereformeerd Politiek Verbond
KVP	Katholieke Volkspartij
LN	Leefbaar Nederland
LPF	Lijst Pim Fortuyn
NCW	Niederländischer Christlicher Arbeitgeberverband
NKV	Nederlands Katholieke Vakverbond
NOS	Nederlands Omroep Stichting
NVV	Nederlands Verbond van Vakverenigingen
PPR	Politieke Partij Radicalen
PSP	Pacifistisch Socialistische Partij
PvdA	Partij van de Arbeid
RKSP	Rooms-Katholieke Staatspartij
RKWV	Rooms-Katholieke Werkledigen Verbond
RPF	Reformatische Politieke Federatie
SAP	Socialistische Arbeiderspartij
SDAP	Sociaal-Democratische Arbeiders Partij
SER	Sozialökonomischer Rat
SGP	Staatkundig Gereformeerde Partij
SP	Socialistische Partij
TROS	Televisie Radio Omroep Stichting
Ü.d.V.	Übersetzung durch Verfasser
VNO	Verband Niederländischer Unternehmen
VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie

# 1 Einführung

Diese Abschlussarbeit beschäftigt sich mit den „Eigentümlichkeiten“ eines Landes, das mehr als 16 Millionen Einwohner, neun große TV-Stationen und 150 Parlamentsabgeordnete hat; einem Land, das man nicht nur mit Windmühlen und Tulpen in Beziehung bringen kann, sondern auch mit seiner sprichwörtlichen Toleranz und seinem Poldermodell. Letztere zwei können auch als Erscheinungen der politischen Kultur der Niederlande begriffen werden. Im Blickpunkt dieser Arbeit sollen allerdings nicht die sozioökonomischen Lösungsansätze der Niederlande stehen, wie dies in den 1990ern zur Mode geworden ist, sondern die niederländischen Formen der politischen Kommunikation und wie sich diese bis zu den letzten beiden Wahlkämpfen in 2002 und 2003 entwickelt haben.

## 1.1 Idee zu dieser Arbeit

Die gedanklichen Ursprünge dieser Arbeit liegen im Buch „Parteien in der Mediendemokratie“ (Alemann/Marschall 2002), welches ich im Rahmen eines Kurses mit dem Thema „Medialisierungsprozesse im Parteienstaat“ kennengelernt habe. In dem Buch untersuchen verschiedene Autoren das Dreiecksverhältnis von Bürger, Massenmedien und Politik aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Hierbei wird neben dem Blick auf Deutschland auch in die Vereinigten Staaten von Amerika, Italien und Großbritannien geschaut. Bei dieser Beobachtung findet die populäre These von der Amerikanisierung der Wahlkämpfe vielfach Anwendung, die stark mit Begriffen wie Modernisierung, Professionalisierung und Personalisierung in Verbindung gebracht wird. Insbesondere auch die wachsende Rolle des Fernsehens und der Medien im politischen Wettbewerb kann darunter eingeordnet werden. Es stellt sich hierbei jedoch die Frage, ob man gerade Länder wie Italien oder Großbritannien untersuchen sollte, wo der amerikanische Einfluss auf die Methoden des Wahlkampf nicht übersehen werden kann. Ist es nicht interessanter den Blick auf ein Land zu richten, das in seiner politischen Kultur und seinem politischen System gerade keine starken Ähnlichkeiten zu den USA aufweist? Mein Blick fällt deshalb auf die Niederlande, nicht nur weil ein Nachbarland den Menschen immer näher liegt, sondern weil dieses Land eigene Strukturen und Lösungsansätze für das politische Zusammenleben entwickelt hat; wenn auch der amerikanische Einfluss in den Niederlanden kaum bestritten werden kann. Die Globalisierung der Welt trägt eine amerikanische Handschrift, aber worin findet dieser Einfluss womöglich seine Grenzen? Für den Bereich der politischen Kommunikation findet sich ein Teil der Antwort bei Fritz Plasser. Er schreibt in seinem Buch „Globalisierung der Wahlkämpfe“, „dass die fortschreitende Globalisierung der Wahlkämpfe letztlich ihre institutionellen und kulturellen Gren-

zen findet“ (Plasser/Plasser 2003). Wo diese Grenzen liegen, gilt es im Folgenden für die Niederlande zu untersuchen.

## 1.2 Fragestellung

Gemäß dem Titel dieser Arbeit, soll im Zentrum der Untersuchung das Verhältnis von politischer Kultur und politischer Kommunikation in den Niederlanden stehen. Die Hauptfragestellung lautet:

1. *In welcher Beziehung stehen die politische Kultur und die politische Kommunikation?*

Um diese Beziehung näher beleuchten zu können, sollen die drei Akteure Öffentlichkeit, Medien und Politik mit in die Untersuchung einbezogen werden.

Hierzu schließen sich zwei weitere Fragestellungen an. Zum einen ist es die Frage nach der Bedeutung eines typisch niederländischen Phänomens:

2. *Welchen Einfluss haben die Prozesse der Versäulung und Entsäulung in der niederländischen Gesellschaft auf diese Beziehung?*

Zum anderen sind es die Strukturen, in denen Medien und Politik funktionieren:

3. *Inwiefern beeinflussen das politische System und das Mediensystem diese Beziehung?*

## 1.3 Konzept und Vorüberlegungen

Es sind insbesondere die Querschnittsthemen – wie im vorliegenden Fall die „politische Kultur“ und die „politische Kommunikation“ – die dadurch, dass sie viele wissenschaftliche Fachbereiche berühren, kein leichtes Untersuchungsfeld sind. In diesem Fall gilt es den Bogen zu spannen zwischen der politischen Soziologie auf der einen und der politischen Kommunikationsforschung auf der anderen Seite.

Den Ausgangspunkt dieser Arbeit bildet die politische Kultur, die geschichtlich sehr stark mit der versäulten Gesellschaftsstruktur und der konkordanzdemokratischen Vergangenheit der Niederlande verbunden ist (Kapitel 2). Daran schließt sich die Betrachtung des politischen Systems (Kapitel 3) und des Mediensystems (Kapitel 4) an, die beide lange Zeit durch die Versäulung geprägt waren, weshalb die Betrachtung dieses niederländischen Phänomens zum besseren Verständnis auch vorangestellt wurde.

Schließlich soll die Entwicklung der politischen Kommunikation in den Mittelpunkt rücken (Kapitel 5), deren Darstellung mit dem Wissen aus den Kapiteln 2 bis 4 gewiss leichter fallen wird.

Im Schlusskapitel sollen die bis dahin gewonnenen Erkenntnisse zur Beantwortung der Fragestellungen herangezogen werden.

## 2 Politische Kultur in den Niederlanden

Mit dem Begriff der politischen Kultur sind vielerlei Probleme verbunden. Eine der größten Schwierigkeiten besteht darin, ihn über seine Eigenschaften zu definieren. Schon an dieser Stelle steht man vor einem normativen Problem, da die Auswahl der entsprechenden Variablen (Operationalisierung) im Hinblick auf die eigene Definition von einem Begriff wie dem der „politische Stabilität“ getroffen wird (vgl. Greiffenhagen/Greiffenhagen 1997: 174). In diesem Kontext gewann der Begriff der politischen Kultur auch für die Demokratietheorieforschung an Relevanz (vgl. Fenner 1998). Ende der 1960er Jahre beschäftigten sich voneinander unabhängig die beiden Politikwissenschaftler Gerhard Lehmbruch und Arend Lijphart mit dem Phänomen, dass auch Gesellschaften mit heterogener Struktur die Fähigkeit besitzen stabile Demokratien herauszubilden. Das auf die beiden genannten Autoren zurückgehende theoretische Konzept der Konkordanzdemokratie ist der Ausgangspunkt dieser Darstellung der politischen Kultur der Niederlande, da erstens eine Bedeutung historisch eingeübter Verhaltensmuster auch noch Jahrzehnte nach ihrer Feststellung nicht ausgeschlossen werden kann<sup>1</sup> und zweitens diese Darstellung für das Verständnis über den gesellschaftlichen Wandel unverzichtbar erscheint<sup>2</sup>.

Die heterogene Gesellschaftsstruktur der Niederlande soll durch die Darstellung des Begriffs *verzuiling* (Versäulung) veranschaulicht werden. Anschließend soll mit dem Begriff der *ontzuiling* (Entsäulung) ein Einblick in den gesellschaftlichen Wandel seit den 60er Jahren gegeben werden.

### 2.1 Das Konzept der Konkordanzdemokratie<sup>3</sup>

Der theoretische Ansatz soll lediglich in seinem praktischen Nutzen für die Beschreibung der politischen Kultur der Niederlande insbesondere in den 1960er Jahren genutzt werden, da eine ausführliche Darstellung den Rahmen dieser Arbeit sicherlich sprengen würde. Vielmehr möchte ich darstellen, durch welche Muster er gekennzeichnet ist und welche sich davon in den Niederlanden finden lassen.

---

<sup>1</sup> „Diese grundlegenden Postulate des Konzepts der politischen Kultur haben wichtige Implikationen für den sozialen Wandel. Die Theorie besagt, dass man eine Kultur nicht über Nacht verändern kann. Die Machthaber können ausgetauscht, neue Gesetze können erlassen werden, aber bis sich grundlegende Elemente der Kultur verändert haben, werden viele Jahre vergehen“ (Inglehart 1995: 30).

<sup>2</sup> „Man kann die politische Kultur eines Systems nicht allein von der subjektiven Seite her erfassen, sondern muß auch die objektiven Gegebenheiten und historischen Prozesse berücksichtigen, die für die Entstehung der subjektiven Einstellungen und Gefühlshaltungen oft von entscheidender Bedeutung sind“ (vgl. Sontheimer/Bleek 1999: 179).

<sup>3</sup> Die Begrifflichkeit „Konkordanzdemokratie“ geht auf Gerhard Lehmbruch zurück. Die englische Bezeichnung consociational democracy, die von Arend Lijphart entwickelt wurde, basiert weitgehend auf sehr ähnlichen Überlegungen und wird hier aus diesem Grunde gleichgesetzt (vgl. Lehmbruch 1998).

Im Zentrum des Konzeptes steht die Überlegung, dass in fragmentierten Gesellschaften das „Mehrheitsprinzip nicht als zentraler Entscheidungsmechanismus“ dient, sondern „die Entscheidungsmaxime des gütlichen Einvernehmens (*amicabilis compositio*)“ (Lehmbruch 1998: 312) stattdessen an seine Stelle tritt. Dies muss im Zusammenhang mit der Einsicht gesehen werden, dass durch die Fragmentierung der Gesellschaft es den einzelnen Gruppen kaum oder gar nicht gelingen wird, allein mehrheitsfähig zu werden. Lijphart nennt eine zusätzliche Grundvoraussetzung für einen solchen konsensorientierten Umgang der gesellschaftlichen Gruppen miteinander: „a minimum of agreement on fundamentals“ (Lijphart 1968: 103).

Das konkordanzdemokratische Modell der Niederlande bis 1967 ist insbesondere von folgenden Eigenschaften gekennzeichnet:

1. Gesellschaft und Politik sind von einem „Kartell der Eliten“ beherrscht, welches relativ unabhängig von der jeweils eigenen Basis (der Säule) Entscheidungen treffen kann. Dies führt durch die Nichteinbeziehung der „kleinen“ Mitglieder zu einem verschlechterten Partizipationsgefühl und verstärkt einen Trend zur Entpolitisierung.
2. Es werden Paketlösungen (*package deals*) bevorzugt. Als ein historisches Beispiel hierfür findet sich der sogenannte *pacificatie* von 1917, bei dem die gesetzliche Gleichstellung konfessioneller und öffentlicher Schulen, die Einführung des allgemeinen Verhältniswahlrecht und die Feststellung der Verantwortung des Staates bei der Lösung der sozialen Frage in einem Stimmentausch der Parteien beschlossen wurden.
3. Eine Beteiligung aller wichtigen Minderheitsgruppen an den Entscheidungsprozessen wird durch eine gemeinsame Beratung in informellen oder bereits institutionalisierten Gremien gewährleistet, wo diese auch über ein gewisses Vetorecht verfügen. Dieser Prozess läuft allerdings nicht-öffentlich ab, wodurch er undurchsichtig wird („Klüngelvorwurf“).
4. Die Politik lässt sich durch regierungs- und parlamentsferne Institutionen beraten und lagert damit die inhaltliche Diskussion aus, um mögliche Konflikte zu vermeiden und Zeit zu gewinnen. Der 1950 von der Regierung eingerichtete *Sociaal-Economische Raad (SER)* und die 1945 von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden gegründete *Stichting van de Arbeid* sind gute Beispiele hierfür<sup>4</sup>.

## 2.2 Die versäulte Struktur der Niederlande (*verzuiling*)

Der Begriff der *verzuiling* entstammt der niederländischen Soziologie und wurde von ihr in den 1950er Jahren geprägt. Er bezeichnet einen sozialen Prozess, bei dem sich eine Gesellschaft –

---

<sup>4</sup> Die Angst unter den Politikern vor einer erneuten Massenarbeitslosigkeit wie vor dem Zweiten Weltkrieg hat die Gründung der beiden Organisationen, die auf gesellschaftlichen Konsens ausgerichtet sind, zudem positiv unterstützt (Gelekatern 2000: 25).

die durch einen „weltanschaulich-religiösen Pluralismus“ (Kruijt/Goddijn 1965: 118) gekennzeichnet ist – in voneinander sich abgrenzende soziale Blöcke aufteilt, die auf lebensanschaulichen Grundlagen basieren (Lijphart 1990: 34). Diese sozialen Blöcke werden als *zuil* (Säule) bezeichnet und sind dadurch charakterisiert, dass jede Säule eine eigene hoch ausdifferenzierte Organisationsstruktur besitzt, die es den Mitgliedern der jeweiligen Säule ermöglicht von der „Wiege bis zur Bahre“ ihr Dasein unter „Gleichen“ zu leben. Schlussendlich soll mit der *verzuildheid* (Versäultheit) der Gesellschaft das Resultat und der Grad des Versäulungsprozesses bezeichnet werden.<sup>5</sup>

„Die ‚Säulen‘ (‚zuilen‘) sollten gleichsam als ein Lebensprinzip der niederländischen Gesellschaft, als Kennzeichen der politischen Kultur dieses Landes“ (Lademacher 1983) gesehen werden. Die Säulen stehen gleichzeitig sinnbildlich für eine Form von Stabilität. In der Zeit des Wiederaufbaus nach 1945 wurde von der Regierung aus Sozialdemokraten und Katholiken viel Wert auf Konsens und Ordnung gelegt (Gelekatern 2000: 25). Für die Ordnung sorgten die stabilen Säulen der Gesellschaft, für den Konsens waren die Eliten der Säulen zuständig, die Konflikte entweder in die Institutionen verlagerten (Beispiel: SER) oder sich im *overleg*<sup>6</sup> übten. Die drei großen Gewerkschaftsverbände stimmten in diesen Kurs ein. Sie lehnten Streiks lange Zeit als veraltetes Zwangsmittel ab und standen für *sociale harmonie* (Gelekatern 2000: 26). Erst als die Lohnentwicklung hinter der wirtschaftlichen Entwicklung stärker zurückfiel, kam unter den Arbeitern Mitte der 1950er Jahre langsam Unmut über diesen „Schmusekurs“ mit den Arbeitgebern auf. Auch die Kooperation der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit untereinander bröckelte wieder.

Um einen Überblick über die zahlreichen Organisationen zu erhalten sind in der Tabelle 1 einige der wichtigsten von ihnen festgehalten worden. Der Übersichtlichkeit wegen sind nicht alle Lebensbereiche aufgenommen worden, die 1964 durch die Säulen abgedeckt wurden<sup>7</sup>.

Zu dieser Struktur sollen zwei wichtige Anmerkungen gemacht werden. Zum einen muss darauf hingewiesen werden, dass die protestantische Säule – wie auch der Tabelle 1 entnommen werden kann – in sich noch einmal gespalten ist. Dies hat jedoch kirchengeschichtliche Hintergründe, die hier nicht vertieft werden können.

---

<sup>5</sup> In der Literatur findet sich der Versuch einer exakten begrifflichen Unterscheidung zwischen Versäulung und Versäultheit (Steininger 1975: 38 ff.), der aber für diese Betrachtung keinen praktischen Nutzen verspricht. Steininger versucht die Begriffe allgemein über die Niederlande hinaus (in seinem Fall für Österreich) zu nutzen. Da im vorliegenden Fall nur die Niederlande untersucht werden, erscheint diese genaue Differenzierung nicht hilfreich.

<sup>6</sup> Für den Begriff *overleg* findet sich im Deutschen keine richtige Entsprechung (Kleinfeld 1998: 174). Er hat eine weitreichende Bedeutung und wird „heute sowohl zur Kennzeichnung der Wirtschaftsordnung wie der parlamentarischen Demokratie gebraucht“ (ebd.).

<sup>7</sup> So ließen sich praktisch noch die gesamte Vereinslandschaft, Bauernverbände, Kreditinstitute, Krankenkassen, etc. den jeweiligen Säulen zuordnen.



**Tabelle 1: Die Versäulungsstruktur 1964**

	<b>Katholiken</b>	<b>Protestanten</b>	<b>Sozialisten</b>	<b>Liberale</b>
<b>Schulen</b>	Schulen in Tradition von Klosterorden	Bibelschulen	Öffentliche Schulen	Öffentliche Schulen
<b>Universitäten</b>	Katholieke Universiteit Nijmegen	Vrije Universiteit Amsterdam		
<b>Presse</b>	De Tijd De Maasbode De Volkskrant	De Standaard De Nederlander Het gereformeerd dagblad Trouw	Het Vrije Volk	De Nieuwe Rotterdamse Courant Handelsblad
<b>Rundfunk</b>	Katholieke Radio Omroep (KRO)	Nederlands Christelijk Radio Vereniging (NCRV) Vrijzinnig Protestantse Radio Omroep (VPRO)	Vereniging Arbeiders Radio Amateurs (VARA)	Algemene Vereniging Radio Omroep (AVRO)
<b>Politische Parteien</b>	Katholieke Volkspartij (KVP)	Christelijk Historische Unie (CHU) Anti-Revolutionaire Partij (ARP)	Partij van de Arbeid (PVDa)	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD)
<b>Gewerkschaften</b>	NKV	CNV	NVV	

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Zum anderen sollte auf die spezielle Rolle der liberalen Säule hingewiesen werden, die „eher ein offener Verbund, eine Erscheinung war, die gleichsam als ‚Gegenmacht‘ gegenüber der religiösen und weltanschaulichen Geschlossenheit auftrat“ (Lademacher 1983: 340). Man kann sagen, dass sich die liberalen Kräfte vor allem durch starke Abgrenzung der anderen erst zur eigenständigen Säule entwickelten.

Es wird auf eine ausführlichere geschichtliche Betrachtung des Versäulungsprozesses<sup>8</sup> ebenso verzichtet wie auf eine Diskussion der historischen Ursachen der Versäulung<sup>9</sup>. Stattdessen wird in diesem Abschnitt nur auf die bestehende versäulte Struktur in der Nachkriegszeit eingegangen, die zwischen 1950 und 1965 am stärksten ausgeprägt war (Kleinfeld 1998: 171).

Trotz vielfältiger Versuche nach dem Zweiten Weltkrieg die versäulte Struktur aufzubrechen – dazu zählt sicher der Versuch eine Einheitsgewerkschaft zu formieren (Lademacher 1993: 625 ff.) –, war die Herrschaft der Säulen bis zu den Wahlen im Jahre 1963 gefestigt. So wurden die Regierungen stets aus den Reihen der sogenannten Versäulungsparteien ARP, CHU, KVP, PvdA

<sup>8</sup> Eine solche Betrachtung findet sich in deutscher Sprache u.a. bei Kruijt/Goddijn (1965) und Geisman (1964).

<sup>9</sup> Die Erklärungsversuche insb. der niederländischen Soziologie finden sich bei Steiniger (1975).

und VVD zusammengestellt. Bei den Parlamentswahlen erzielten diese Parteien stets mehr als 86% der Stimmen (Tabelle 2).

**Tabelle 2: Der Stimmenanteil der Versäulungsparteien bei den Parlamentswahlen 1946-1972**

Wahlen zur Zweiten Kammer	Anteil der Versäulungsparteien	ARP	CHU	KVP	PvdA	VVD
1946	86,2%	12,9%	7,8%	30,8%	28,3%	6,4%*
1948	86,9%	13,2%	9,2%	31,0%	25,6%	7,9%
1952	86,7%	11,3%	8,9%	28,7%	29,0%	8,8%
1956	91,5%	9,9%	8,4%	31,7%	32,7%	8,8%
1959	91,7%	9,4%	8,1%	31,6%	30,4%	12,2%
1963	87,5%	8,7%	8,6%	31,9%	28,0%	10,3%
1967	78,8%	9,9%	8,1%	26,5%	23,6%	10,7%
1971	71,6%	8,6%	6,3%	21,8%	24,6%	10,3%
1972	73,0%	8,8%	4,8%	17,7%	27,3%	14,4%

\* 1946: PvdV / Quelle: CBS 2003 und eigene Berechnungen

### 2.3 Gesellschaftlicher Wandel und Entsäulungsprozess (ontzuiling)

Ende der 1960er Jahre kam es zu einem Auflösen traditioneller Werte und gesellschaftlicher Strukturen. Dieser Prozess wird auf mehrere Ursachen zurückgeführt: Der Wohlstand der Niederländer war in den Nachkriegsjahren stetig gewachsen und durch die Einführung einer ganzen Reihe neuer staatlicher Sozialversicherungen wuchs die soziale Sicherheit. Mit ihr im Rücken nahm auf der einen Seite das Selbstbewusstsein der Bevölkerung zu und auf der anderen Seite die Abhängigkeit zu den Säulen ab. In den konfessionellen Kreisen ist in dieser Zeit eine zunehmende Säkularisierung festzustellen, was auch mit der gestiegenen Mobilität und weiteren Verstädterung zusammenhängt, die durch die Industrialisierungspolitik gefördert wurde.

Nachdem in den Jahren des Wiederaufbaus die Arbeit im Mittelpunkt stand, stieg in den 1960ern der Anteil der Freizeit und gab den Bürgern neuen Raum zur Selbstverwirklichung.

Auch bedingt durch die wirtschaftliche Sicherheit der Eltern stieg der Anteil der höheren Bildung vor allem unter den Jüngeren an. Ähnlich wie in Deutschland kam es in den Niederlanden nach den Wiederaufbaujahren zu ersten Versuchen „Vergangenheitsbewältigung“ zu betreiben. „In beiden Ländern instrumentalisierte die Babyboom-Generation die Vergangenheit. Jugendliche benutzten sie, um die Legitimität der elterlichen und staatlichen Autorität in Zweifel zu ziehen“ (Melching 2002: 84). Die entstehende Jugend- und Protestkultur fand sich nicht von Säulenparteien vertreten. Sie drängte auf mehr Partizipation an der Politik. Genau hierin spiegelt sich ein „beträchtliches Demokratiedefizit in der Konzeption der Konkordanzdemokratie“ (Alemann 1975: 154) wieder. Der Alleinvertretungsanspruch der politischen Elite stand von nun an in der Kritik. Die politische Apathie, die als Stabilisator der Säulen gewirkt hatte, ging zu-

rück. Kritisiert wurden allerdings nicht nur der Alleinvertretungsanspruch der Säuleneliten, sondern auch ihre undurchsichtige Konsenspolitik hinter verschlossenen Türen und damit wesentliche Teile der Spielregeln des politischen Systems.

**Tabelle 3: Der Stimmenanteil der Versäulungsparteien und des progressiven Blocks von 1972 bei den Parlamentswahlen 1967-2003**

Wahlen zur Zweiten Kammer	Anteil der Versäulungsparteien	CDA	VVD	PvdA	D66	PPR	Progressiver Blocks von 1972
1967	78,8%	44,5%*	10,7%	23,6%	4,5%		28,1%
1971	71,6%	36,7%*	10,3%	24,6%	6,8%	1,8%	33,2%
1972	73,0%	31,3%*	14,4%	27,3%	4,2%	4,8%	36,3%
1977	83,6%	31,9%	17,9%	33,8%	5,4%	1,7%	40,9%
1981	76,4%	30,8%	17,3%	28,3%	11,1%	2,0%	41,4%
1982	82,9%	29,4%	23,1%	30,4%	4,3%	1,7%	36,4%
1986	85,3%	34,6%	17,4%	33,3%	6,1%	1,3%	40,7%
1989	81,8%	35,3%	14,6%	31,9%	7,9%	**	39,8%
1994	66,2%	22,2%	20,0%	24,0%	15,5%	**	39,5%
1998	72,1%	18,4%	24,7%	29,0%	9,0%	**	38,0%
2002	58,4%	27,9%	15,4%	15,1%	5,1%	**	20,2%
2003	73,8%	28,6%	17,9%	27,3%	4,1%	**	31,4%

\* bis 1977 Ergebnisse von ARP, CHU und KVP / \*\* die PPR ist im Parteibündnis GroenLinks aufgegangen  
Quelle: CBS 2003 und eigene Berechnungen

Mit Beginn der 1960er verloren alle Versäulungsparteien bei den Wahlen zum Teil deutlich an Stimmen (vgl. Tabellen 2 und 3). Durch Neugründung und Absplitterung von den Säulenparteien entstanden sogenannte „Antiversäulungsparteien“, die bei den Wahlen von 1967 rund 12% der Stimmen gewannen. Dies war gleichzeitig die Geburtsstunde der *zwevende kiezers* (Wechselwähler) in den Niederlanden (vgl. Anker 1993: 143 und Bosmans 1992: 75). Der Entsäulungsprozess vollzog allerdings nicht nur bei den politischen Parteien, sondern auch in den Massenmedien (insbesondere Presse und Fernsehen). Ihre Struktur und Rolle dabei wird später in einem eigenen Kapitel beleuchtet.

## 2.4 Polarisierung und Rückkehr zur Konsenspolitik

Die Zeit der Entsäulung wird „von niederländischen Politologen mit den Schlagworten ‚Politisierung‘, ‚Polarisierung‘ und ‚Partizipation‘“ (Lepzsy 2003: 363) gekennzeichnet. Als eine Ursache dieser Entwicklung kann die *Nacht van Schmelzer* gesehen werden, wodurch die Versäulungsparteien in eine schwere „Vertrauens- und Legitimitätskrise“ (Lepzsy/Woyke 1985: 123) gestürzt wurden<sup>10</sup>. Diese Regierungskrise von 1966 gilt als ein „Ausgangspunkt eines Strategie-

<sup>10</sup> Die *Nacht van Schmelzer* am 14. Oktober 1966 war die erste Regierungskrise in den Niederlanden, die öffentlichkeitswirksam im Fernsehen dargestellt wurde und bei der Bevölkerung Unbehagen über das Funktionieren des poli-

und Programmwandels in der PvdA“ (ebd.). Die Strategie sollte dazu führen, dass die christliche Mitte zwischen den beiden Polen PvdA und VVD durch eine verstärkte Polarisierung „aufgerieben“ wird. Sie wurde vor allem von der politischen Linken favorisiert. Aus der Analyse der Entsäulung ergab sich ihrer Ansicht zufolge die Chance durch ein klares politisches Konzept allein mehrheitsfähig zu werden. Durch eine gezielte Polarisierung sollte mehr „Deutlichkeit“ in den politischen Wettbewerb kommen. Der politische Umgang miteinander gewann in dieser Zeit an Schärfe, trotzdem blieb ein deutlicher Grundkonsens immer erhalten. Die sprichwörtliche niederländische Toleranz half dabei, die gesellschaftlichen Konflikte sehr oft politisch und ohne Gewalt zu lösen. Der Staat reagierte auf die Studentenproteste mit einer „sehr weitreichende[n] Hochschulreform“ (Melching 2002: 87) und senkte das Mindestwahlalter zunächst 1963 von 23 auf 21 Jahre, 1972 schließlich auf 18 Jahre ab und gab den Jüngeren damit mehr Möglichkeit zur Partizipation. Durch das Fehlen einer großen Hürde bei den Parlamentswahlen – wie z.B. der 5%-Klausel in Deutschland – konnten neue Parteien ihre Vertretungsrolle für diese neue Wählerschaft auch wahrnehmen. Der Bildung einer außerparlamentarischen Opposition wie in Deutschland und ihrer möglichen Radikalisierung (Stichwort: Rote Armee Fraktion) konnte so erfolgreich entgegengewirkt werden, zumal der Staat erkennbar und pragmatisch Konzepte – beispielsweise die Idee der „Weißen Pläne“<sup>11</sup> aus der anarchistischen „Provo“-Bewegung – übernommen hat (vgl. Melching 2002: 92 f.).

Die von der sozialdemokratischen PvdA verfolgte Polarisierungsstrategie speziell gegenüber den konfessionellen Parteien, führte auf deren Seite zu verstärkten Überlegungen zur Bildung einer christlichen Volkspartei (ähnlich dem deutschen Vorbild CDU). Bei den Wahlen 1977 traten die drei konfessionellen Säulenparteien ARP, CHU und KVP erstmals mit einer gemeinsamen Wahlliste (CDA) an. Durch die christliche Blockbildung war es den Sozialdemokraten nicht mehr möglich mit einzelnen konfessionellen Parteien zu koalieren, die zuvor als Juniorpartner in der Regierung den Uyl erfolgreich „kleingehalten“ wurde<sup>12</sup>. Obwohl der linke Block bei den Wahlen von 1977 seinen Stimmenanteil von 36,6 auf 40,9 Prozent ausbauen konnte, hatte er nun

---

tischen Systems auslöste. Bei einer für die PvdA bedeutsamen Abstimmung zur Sozialgesetzgebung stimmte der konservative KVP-Flügel unter Führung ihres Fraktionsvorsitzenden Schmelzer gegen den Vorschlag der eigenen Regierung aus ARP, KVP und PvdA. Die PvdA verließ schließlich die Koalition und wurde bei der Wahl 1967 mit dem Verlust von sechs Mandaten bestraft (Elzinga/Voerman 2002: 137). Die KVP verlor gleich acht Sitze.

<sup>11</sup> „Der ‚Weiße Autoplan‘ und der ‚Weiße Schornsteinplan‘ nahmen Themen aus der Umweltbewegung vorweg, wie das Zurückdrängen städtischen Autoverkehrs sowie der Verringerung der industriellen Umweltverschmutzung“ (Melching 2002: 92).

<sup>12</sup> Die Zusammenarbeit zwischen PvdA, PPR, D66 auf der einen und KVP und ARP auf der anderen Seite war keine Liebesheirat, sondern vielmehr eine Zweckhehe. Hier spricht auch der Ansatz des Politologen Hans Daudt, der in den 1980er Jahren die Theorie von der *uiterste noodzaak* (äußersten Notwendigkeit) entwickelt hat, wonach es immer nur in (wirtschaftlichen) Krisenzeiten – wie beispielsweise dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg – zu einer Zusammenarbeit von KVP (später: CDA) und den Sozialdemokraten kommt (vgl. Koole 1987).

die möglichen kleinen Koalitionspartner verloren, die er zum Erreichen einer Mehrheit gebraucht hätte. Schließlich kam es zu einer Koalition des *Christen Democratisch Appèl* (CDA) mit der erstärkten liberal-konservativen *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD), die eine Rückkehr zur Politik der Mitte bedeutete. Durch die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage (u.a. die Ölkrisen) fand das politische Alltagsgeschäft relativ schnell zu Sachlichkeit und pragmatischer Konsenspolitik zurück (Gelekatern 2000: 33). Wie ein Blick auf die Wahlergebnisse seit 1977 zeigt, konnte der progressive Block aus PvdA, D66 und PPR keine eigene Mehrheit erreichen. Anfang der 1980er gaben die Sozialdemokraten ihre Polarisierungsstrategie wieder vollständig auf und regierten 1981-1982 (zusammen mit D66) und von 1989-1994 mit dem CDA. Auch wenn es zu keiner Rückkehr zur *verzuildheid* der 1950er gekommen ist, so blieben gewisse Spielregeln des politischen Umgangs miteinander doch erhalten, die noch bis heute prägend für die politische Kultur des Landes sind. „Die großen politischen Traditionen der Anerkennung pluralistischer Strukturen in der Gesellschaft, die Berücksichtigung von Minderheiten auch in Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen, die ihnen gegenüber praktizierte Toleranz sowie ein ungebrochenes, historisch begründetes nationales Selbstbewusstsein bei gleichzeitiger regionaler Diversität wirken bis heute fort und sind in einem tiefen nationalen Konsens begründet“ (Lepszy 2003: 364 f.). Für diese Politik steht auch der Begriff des „Poldermodells“, welches 1982 mit dem „Akkord van Wassenaar“ begründet wurde. Kennzeichnend für dieses Modell war, dass der Zentralstaat die Verantwortung für die Arbeits- und Lohnpolitik nach einer gegenläufigen Politik in den 1970ern wieder in die Hände der Tarifpartner legte, die aus Angst das Zepter erneut an die Politik abgeben zu müssen sich auch mit Beginn der 1990er in guter Sozialpartnerschaft übten (vgl. Kleinfeld 1998: 199).

## 2.5 Verhandlungs- und Konsensdemokratie

Die niederländische Demokratie hat sich seit den 1960er Jahren ebenso wie die politische Kultur gewandelt. In politischen Lexika tauchen die Niederlande bis heute immer noch als ein Beispiel für eine Konkordanzdemokratie auf. Doch das Land hat sich von seinen konkordanzdemokratischen Ursprüngen immer weiter entfernt, weshalb sie sicherlich nicht mehr als das Idealbild einer „*consociational democracy*“ betrachtet werden kann. Im Umkehrschluss können die Niederlande jedoch ebenso wenig als Konkurrenzdemokratie bezeichnet werden, nur weil sie sich vom Idealtypus entfernt hat<sup>13</sup>. Vielmehr finden sich heute in der Literatur Begriffe wie Verhandlungs-

---

<sup>13</sup> „Es wird deutlich, dass beide Länder [die Niederlande und Israel, der Verf.] sich vom Modell der Konkordanzdemokratie entfernt haben. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie heute typische Konkurrenzdemokratien sind. Wären sie dies, hätten Lijpharts konkordanzdemokratische Prinzipien ihre Bedeutung für die Politik beider Länder (fast) voll-

und Konsensusdemokratie, die den Blick mehr auf die (neo-)korporatischen Entscheidungsmuster werfen, als auf die Fähigkeit fragmentierter Gesellschaften eine stabile Demokratie herauszubilden.

### 3 Das politische System

Die Niederlande sind eine parlamentarische Monarchie, deren Ursprünge im *grondwet* (Grundgesetz) von 1814 liegen, das eine konstitutionelle Monarchie festschrieb. Mit der Reform der Verfassung im Jahre 1848 durch den Liberalen Thorbecke wurden zwar die Rechte des Parlaments wesentlich verstärkt, aber erst die Verfassungswirklichkeit in den Folgejahren und die Wahlrechtsreform von 1917 machten die Niederlande zu einer „demokratisch-parlamentarischen“ Monarchie (vgl. Geismann 1964: 12 ff.).

#### 3.1 Kurzdarstellung

Im Rahmen dieser Arbeit beschränke ich mich auf eine Übersicht der wichtigsten Eigenschaften des politischen Systems und verzichte auf eine ausführliche Darstellung<sup>14</sup>.

Das Parlament in den Niederlanden, die *staten-generaal*, besteht aus zwei Kammern, von denen die *Eerste Kamer* im Gesetzgebungsprozess trotz ihres Vetorechts nur eine untergeordnete Rolle spielt<sup>15</sup>. Bedeutsamer ist dagegen die *Tweede Kamer*, die das Forum der nationalen Politik bildet und für die die Regierung der Hauptansprechpartner bei der Einbringung neuer Gesetze ist. Eine besondere Erwähnung verdient das Selbstbewusstsein der zweiten Kammer und ihrer Fraktionsvorsitzenden, die durch ihre Medienpräsenz und die Macht ihrer Fraktion bei der Gesetzgebung oft einen höheren politischen Stellenwert genießen als der Parteivorsitzende oder selbst der Ministerpräsident aus der eigenen Partei (vgl. Lepszy/Woyke 1985: 109). Letzterer ist durch das Fehlen einer Richtlinienkompetenz im Kabinett in einer schwächeren Position als beispielsweise der deutsche Bundeskanzler und muss oft Rücksicht auf die Fraktionen der Regierungskoalition nehmen. Die Regierung ist zudem nicht mit ihren Mitgliedern im Parlament vertreten (Inkompatibilität zwischen Parlamentsmandat und Regierungsamt), wodurch den Regierungsmitgliedern eher die Rolle eines „eingeladenen Gastes“ zukommt und die Fraktionen über eine gewisse „Autonomie“ verfügen (vgl. Kleinfeld 1993).

---

ständig eingebüßt. Vielmehr würden (fast) alle Entscheidungen anhand des Mehrheitsprinzips gemacht werden. Wie gezeigt wurde, trifft dies weder auf die Niederlande noch auf Israel zu“ (Finck 2002: 78).

<sup>14</sup> Empfehlenswerte Darstellungen in deutscher Sprache finden sich bei Regierungsinformationsamt (1958), Geismann (1964), Kleinfeld (1998) und Lepszy (2003).

<sup>15</sup> Dies hängt zum einen mit der stets ähnlichen Zusammensetzung beider Kammern zusammen und zum anderen damit, dass die Kammer die Gesetzesvorhaben, die aus der anderen Kammer kommen, nur komplett zu Fall bringen kann, da sie über kein Änderungsrecht verfügt (vgl. Lepszy/Woyke 1985).

### 3.1.1 Das Wahlsystem

Bei den Wahlen zur Zweiten Kammer werden alle landesweit erzielten Stimmen zusammengezählt und bei der Verteilung der 150 Mandate berücksichtigt. Damit „ist das niederländische Wahlsystem auch international ein Beispiel für ein extremes Verhältniswahlrecht“ (Lepsy 2003: 360). Gewählt wird über Listen in den 18 *kieskringen* (Wahlkreise), auf denen die Kandidatenamen der jeweiligen Partei aufgelistet sind. In jedem der 19 Wahlkreise wird eine eigene Liste eingereicht, an deren Spitze der Liste der sogenannte *lijsttrekker* steht, also der Spitzenkandidat der Partei im Wahlkreis. Seit der Wahl von 1971 sind alle (ehemaligen) Versäulungsparteien nur mit einem *lijsttrekker* angetreten (Toonen 1992: 207). Die Niederländer wählen eine Partei, indem sie einen Kandidaten aus einer Liste ankreuzen. Da dies in über 90 Prozent der Wahlscheidungen der jeweilige *lijsttrekker* ist, spielt dies bei der Verteilung der Sitze auf die einzelnen Kandidaten keine große Rolle.

Gewählt wird in den Niederlanden nicht an einem Sonntag, sondern an einem Dienstag und somit an einem ganz normalen Arbeitstag. Die Stimmlokale öffnen deshalb bereits um 7.30 Uhr und schließen erst um 21 Uhr. Diese gesetzliche Regelung geht auf die Forderung von orthodox-calvinistischen Vertretern zurück, für die der Sonntag zur Erholung und dem Dienst an Gott bestimmt ist (vgl. Kapitel 3.2.3, dort: SGP).

### 3.1.2 Die Regierungsbildung (*formatie*)

Die *formatie* ist ein ganz speziell niederländisches System zur Bildung einer Regierungskoalition. Oft kritisiert wird dabei, dass das Staatsoberhaupt – die Königin – in diesem System eine im Vergleich zum Parlament zu starke Position einnimmt, die zudem demokratisch nicht legitimiert ist (Lepsy 2003: 356). Nach den Wahlen bestimmt die Königin zunächst einen *informateur*, der daraufhin Koalitionsmöglichkeiten auslotet und der Königin anschließend einen *formateur* – der häufig auch der kommende Ministerpräsident ist – vorschlägt, dessen Aufgabe es schließlich ist Koalitionsgespräche anzuberaumen. Ziel seiner Verhandlungen ist ein *regeerakkoord* (Regierungsvertrag), der Regierungsprogramm und Koalitionsabkommen zugleich ist. Am Ende präsentiert der *formateur* der Königin eine Ministerliste samt Ministerpräsident und – formal gesehen – ihr Regierungsprogramm. In der Verfassung ist in Artikel 42 Abs. 1 festgeschrieben, dass die Königin zusammen mit den Ministern die Regierung bildet. Sie ernennt und entlässt die Minister und den Ministerpräsidenten, der formal lediglich der Vorsitzende vom *ministerraad* ist. Der gesamte Prozess der *formatie* findet sich mit keinem Wort im *grondwet* (Geismann 1964: 188). Eine bestätigende Abstimmung über den *ministerraad* findet im Parlament nicht statt.

Tabelle 4: Übersicht über die Regierungskabinette seit 1946

Kabinett	Dauer der <i>formatie</i> *	Daten	Amtsduer*
Beel I	47	3. Juli 1946 - 7. August 1948	766
Drees-Van Schaik	31	7. August 1948 - 15. März 1951	950
Drees I	50	15. März 1951 - 2. September 1952	537
Drees II	69	2. September 1952 - 13. Oktober 1956	1502
Drees III	122	13. Oktober 1956 - 22. Dezember 1958	800
Beel II	10	22. Dezember 1958 - 19. Mai 1959 ( <i>interim</i> und ab 12. März 1959 <i>demissionair</i> )	148
De Quay	68	19. Mai 1959 - 24. Juli 1963	1527
Marijnen	70	24. Juli 1963 - 14. April 1965	630
Cals	46	14. April 1965 - 22. November 1966	587
Zijlstra	38	22. November 1966 - 5. April 1967 ( <i>interim</i> und ab 15. Februar 1967 <i>demissionair</i> )	134
De Jong	49	5. April 1967-6. Juli 1971	1553
Biesheuvel I	69	6. Juli 1971 - 20. Juli 1972	380
Biesheuvel II	22	20. Juli 1972 - 11. Mai 1973 ( <i>interim</i> und ab 29. November 1972 <i>demissionair</i> )	295
Den Uyl	163	11. Mai 1973 - 19. Dezember 1977 (ab 22. März 1977 <i>demissionair</i> )	1683
Van Agt	208	19. Dezember 1977 - 11. September 1981	1362
Van Agt II	108	11. September 1981 - 29. Mai 1982 (ab 16. Oktober 1981 <i>demissionair</i> )	260
Van Agt III	17	29. Mai 1982 - 4. November 1982 ( <i>interim</i> und ab 8. September 1982 <i>demissionair</i> )	159
Lubbers I	57	4. November 1982 - 14. Juli 1986	1348
Lubbers II	52	14. Juli 1986 - 7. November 1989 (ab 6. September 1989 <i>demissionair</i> )	1212
Lubbers III	62	7. November 1989 - 22. August 1994	1749
Kok I	111	22. August 1994 - 3. August 1998	1442
Kok II	87	3. August 1998 - 22. Juli 2002 (ab 16. April 2002 <i>demissionair</i> )	1449
Balkenende I	68	22. Juli 2002 - 27. Mai 2003 (ab 16. Oktober 2002 <i>demissionair</i> )	309
Balkenende II	125	27. Mai 2003 – heute	

\* in Tagen / *interim/demissionair* = Übergangsregierungen

Quelle: Alles op een rij (2003), Gladdish (1991: 129) und eigene Berechnungen

Die Regierungsbildung kann in den Niederlanden sehr lange dauern<sup>16</sup>, seit den Wahlen von 1946 im Schnitt fast 73 Tage. Insgesamt wurden seitdem 1749 Tage für die *formaties* genutzt, was im genannten Zeitraum über acht Prozent der gesamten Amtsduer aller Regierungen ausmacht. In der Übergangszeit bleiben die alten Kabinette *demissionair* weiter im Amt und führen weiter die Amtsgeschäfte, wenngleich nicht mehr „regiert“, sondern nur noch „administriert“ wird (Geismann 1964: 214). In schwierigen Zeiten hat die Königin auch schon des öfteren Regierungen interim ernannt, um Regierungskrisen durchzustehen (s. Tabelle 4).

<sup>16</sup> Der Rekord liegt im Jahre 1977, wo die Bildung des Kabinetts vom Ministerpräsidenten van Agt 208 Tage gedauert hat (vgl. Tabelle 4).



### 3.2 Die politischen Parteien

Die Funktion der Parteien findet in der Verfassung keine Erwähnung, vielmehr werden politische Parteien wie andere Vereine oder Verbände nach dem bürgerlichen Gesetzbuch behandelt. Ebenso fehlt ein spezielles Parteiengesetz wie es in Deutschland existiert. Gewürdigt wird die Rolle der Parteien lediglich im *Wet subsidiëring politieke partijen* (Gesetz zur Subventionierung politischer Parteien), welches die Förderung der Parteien durch den Staat regelt (s. Kapitel 3.2.4). Anders als jedoch die Förderung, ist die Parteienfinanzierung bislang nirgendwo gesetzlich geregelt<sup>17</sup>. In den vergangenen Jahren hat der niederländische Gesetzgeber versucht den Parteien eine innere demokratische Struktur und bestimmte Wahlmodi bei der Kandidatenauswahl vorzuschreiben (vgl. Lepszy 2003: 361). Dies betrifft aber bislang nur Parteien, die auch mit einer Liste bei Wahlen antreten und somit unter das *kieswet* (Wahlgesetz) fallen. Alle anderen Parteien finden ihre Grenzen in den normalen Gesetzen für Vereine und Verbände, die es seit 1988 auch ermöglichen, solche Gruppierungen zu verbieten, „welche die öffentliche Ordnung in ihren Zielen oder in ihren Handlungen stört“ (ebd.).

#### 3.2.3 Das Parteienspektrum

Die nachstehende Reihenfolge richtet sich nach der Links-Rechts-Einteilung (ökonomische Dimension) der beiden Leidener Politologen Huib Pellikaan und Tom van der Meer für die Wahlen der Jahre 1998 und 2002<sup>18</sup>.

##### **Socialistische Partij (SP)**

Die Partei wurde 1991 als Reaktion auf den Zusammenschluss der vier größten linken Parteien zu GroenLinks gegründet. Sie vertritt ein linkssozialistisches Programm und konnte unter Führung des populären Jan Marrissen bei den letzten beiden Wahlen große Erfolge erzielen. Ihre Fraktion ist mit neun Mandaten (2002: 9) inzwischen größer als die von GroenLinks.

##### **GroenLinks (GL)**

GL entstand 1989 zunächst als Wahlbündnis, um die linken Kräfte zu bündeln. Im Folgejahr fusionierten die kommunistische CPN, die pazifistisch-sozialistische PSP, christlich-radikale

---

<sup>17</sup> Angeregt u.a. durch die deutschen CDU-Spendenaffäre gab es auch in den Niederlanden Diskussionen über die Parteienfinanzierung (vgl. Nehmelman 2000).

<sup>18</sup> Die Parteien ließen sich demnach in einem dreidimensionalen Raummodell verorten: 1. links - rechts (ökonomische Dimension), 2. Individualismus – Gemeinschaftsdenken (kommunitaristische Dimension), 3. „moralistischer“ Staat – neutraler Staat (ethische Dimension). Für die Wahl 2003 haben sie das Modell interessanterweise auf ein Ebenenmodell zurückgeführt: 1. links – rechts (ökonomische Dimension), 2. homogen - multikulturell (Dimension des gesellschaftlichen Zusammenlebens). Sie verdeutlichen damit die Relevanz dieses Themas im Wahlkampf (vgl. Pellikaan/van Meer 2003).

PPR und die links-protestantische EVP zu einer Partei. Die Schwäche der niederländischen Grünen-Bewegung erklärt sich daraus, dass die etablierten Parteien früh Umweltthemen selbst aufgegriffen haben und andere Themen wie Partizipation und Bürgerbewegung, die beispielweise in Deutschland auch von den Grünen thematisiert wurden, von der links-liberalen D66 abgedeckt werden (vgl. Kleinfeld 1998: 166). GroenLinks ist in der Tweede Kamer zur Zeit mit acht Sitzen (2002: 10) vertreten.

### **ChristenUnie (CU)**

Die CU ist eine orthodox-protestantische Partei, die 2001 durch den Zusammenschluss von GPV und RPF entstanden ist. Sie sieht in Gott den eigentlichen „Herrscher“ über das politische Leben und hat ihr Programm auf biblischer Grundlage aufgebaut. Ihre beiden Vorgängerparteien wurden nie in Koalitionen aufgenommen. Durch die kleinen programmatischen Reformschritte bei den letzten Wahlen ist eine Regierungsbeteiligung beispielweise mit der CDA mittelfristig nicht ausgeschlossen. Die ChristenUnie hat derzeit drei Sitze (2002: 4).

### **Partij van de Arbeid (PvdA)**

Die sozialdemokratische PvdA bildet wirtschaftspolitisch gesehen die Mitte (Pelikaan/van Meer 2003) und kann auf eine lange politische Tradition zurückblicken, die ihren Ursprung im 19. Jahrhundert hat. Die Partei hat heute nur noch eine geringe Bindung an die Gewerkschaften (Kleinfeld 1998: 163) und ist nach dem Abklingen von *Nieuw Links* vor allem in der Wirtschaftspolitik immer mehr nach rechts gewandert, was ihr nicht zuletzt Mitglieder und Wähler gekostet hat, die zu GroenLinks oder der SP abgewandert sind.

Die PvdA musste bei den Wahlen 2002 schwere Verluste hinnehmen. Sie verlor fast die Hälfte ihrer Sitze und kam nur noch auf 23. Mit dem populären und telegenen Wouter Bos konnte die Partei zu alter Stärke zurückfinden und verfügt seit den Neuwahlen vom Januar 2003 über 42 Sitze. Eine Regierungskoalition mit der CDA kam u.a. aufgrund von Streitigkeiten über die Irak-Politik nicht zustande, so dass die PvdA heute größte Oppositionspartei ist.

### **Staatkundig Gereformeerde Partij (SGP)**

Die radikalste der streng-protestantischen Parteien in den Niederlanden wurde bereits 1918 gegründet und vertrat stets extreme Ansichten. So setzte man sich u.a. für die Wiedereinführung der Todesstrafe und die Abschaffung von Theatern und Kinos ein. „Im Wahlkampf 1963 beteiligte sich die Partei nicht an der Fernsehpropaganda, weil das Fernsehen für sie Teufelswerk ist“ (Geismann 1964: 76). Ihre Ansicht den Sonntag ausschließlich als Tag der Erholung und für den

Dienst an Gott zu nutzen hat die Partei bis ins Internetzeitalter gerettet<sup>19</sup>. Die SGP verfügt aber nicht nur über extreme Ansichten, sondern auch über eine sehr stabile Mitgliederschaft von 24000 Mitgliedern (Kleinfeld 1998: 165). Seit 2002 hat die Partei zwei Sitze im Parlament.

### **Democraten 66 (D66)**

D66 war wohl „die bedeutendste der Partieneugründungen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre“ (Lebszy/Woyke 1985: 126) des 20. Jahrhunderts. Trotz einer recht instabilen Wählerschaft – die Wahlergebnisse schwanken zwischen 4,1 (2003) und 15,5 Prozent (1994) – hat die Partei nicht zuletzt durch ihren pragmatischen Kurs eine relativ große Bedeutung erlangt. Wenngleich man die Partei bei Themen wie Partizipation und Ökologie eher links zuordnen könnte, so ist ihre Haltung in sozioökonomischen Fragen sehr liberal und geht eher in die Richtung der VVD. Selbst sehen sich die *Democraten 66* als eine progressive links-liberale Partei.

Nachdem ihr Parteigründer Hans van Mierlo bei den Wahlen 1998 die Parteiführung abgab, verlor die Partei immer mehr Parlamentssitze und stellt aktuell nur sechs Abgeordnete (2002: 7).

### **Lijst Pim Fortuyn (LPF)**

Die LPF ist die erfolgreichste Neugründung einer Partei, die es je in den Niederlanden gegeben hat und wird möglicherweise auch eine der kurzlebigsten. Die LPF entstand drei Monate vor den landesweiten Wahlen im Mai 2002, nachdem es zwischen *Leefbaar Nederland* (LN) und ihrem charismatischen *lijsttrekker* Pim Fortuyn zu einem Zerwürfnis gekommen war. Die LN hat ihren Ursprung im Lokalen und konnte anfangs als *anti-establishment partij* mit einem links-populistischen Programm beschrieben werden. Später – auch unter dem Einfluss von Fortuyn in den Medien – kam es zusehends zu einem Rechtsruck, wurden doch nun intensiv Asylpolitik und Kriminalität thematisiert (vgl. van Praag 2002). Die LN konnte nach der Trennung von Fortuyn zwar noch zwei Sitze im Parlament erringen, ist seit den Neuwahlen vom Januar 2003 aber nicht mehr im Parlament vertreten.

Trotz – oder gerade wegen - der Ermordung Pim Fortuyns eine Woche vor den Wahlen, konnte die LPF am Wahltag 26 Mandate gewinnen und wurde damit zweite politische Kraft, noch vor VVD (24 Sitze) und PvdA (23 Sitze). Die Partei ist allerdings seit dem Tod von Fortuyn ohne starke Führung und innerlich zerstritten. Die Regierungskoalition mit CDA und VVD zerbrach nach nur 87 Tagen und bei den Neuwahlen in 2003 konnte die Partei nur noch acht Sitze gewinnen.

---

<sup>19</sup> Beim Besuch der parteieigenen Internetseite unter <http://www.sgp.nl/> wird der Besucher an einem Sonntag mit den folgenden Worten empfangen: „Verehrter Besucher, wir schätzen es, dass sie unsere Website besuchen. Am Sonntag bieten wir allerdings keine Information an, da die SGP den Sonntag als Ruhetag ansieht und überzeugt davon ist, dass es für jeden gut ist, sich am Sonntag dem Dienst an Gott zu widmen. Daneben erlaubt es dieser Tag sich von der Arbeit zu erholen, um neue Energie zu die kommende Arbeitswoche zu sammeln. Von Montag bis Samstag sind wir darum gern für sie zu erreichen.“ (Deutsche Übersetzung durch den Verfasser)

### **Christen-Democratisch Appèl (CDA)**

Der 1977 formierte CDA gilt mehr noch als die PvdA als die Partei der Mitte. Schon vor der Gründung des CDA hatten die konfessionellen Parteien (insbesondere die KVP) eine Schlüsselrolle bei der Regierungsbildung inne. Die *Katholieke Volkspartij* und später der CDA waren bis 1994 ununterbrochen an der Regierung beteiligt und konnten sich ihre Koalitionspartner auf der linken Seite (PvdA) und rechten Seite (VVD) quasi „aussuchen“. Dies erklärt sich u.a. aus der Mitgliederstruktur der Partei, in der sowohl ein linker, als auch ein rechter Flügel integriert ist. Der CDA ist mit rund 78000 Mitgliedern (2002) die mitgliederstärkste Partei und zieht als eine der großen Volksparteien inzwischen auch viele nicht-kirchliche Wähler an. Im Parlament ist die CDA derzeit mit 44 Abgeordneten (2002: 43) vertreten.

### **Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD)**

Die dritte große Volkspartei ist die VVD, die in den Niederlanden „die vakante Position einer konservativen Partei“ (Kleinfeld 1998: 164) einnimmt. Auch die Liberalen können auf eine lange Tradition zurückblicken. Allerdings war der Anspruch der Partei bei ihrer Gründung im Jahr 1948 eine Volkspartei darzustellen sehr hoch gegriffen, zumal man zunächst nur knapp acht Prozent der Wähler erreichte. Trotzdem galt die VVD seit 1948 als eine der fünf Versäulungsparteien. Im Zuge der Polarisierungsstrategie der linken Progressiven und der zunehmenden Säkularisierung der niederländischen Gesellschaft gewann die VVD jedoch viele neue Mitglieder und Wähler, so dass sie seit 1972 stets mehr als 14% und 1998 mit 24,4% ihr bislang bestes Ergebnis erzielte. Die VVD ist seit 1994 ununterbrochen Regierungspartei und hat derzeit 28 Sitze (2002: 24).

#### **3.2.4 Mitgliederentwicklung und Parteienfinanzierung**

Ähnlich wie in anderen Ländern Westeuropas geht auch in den Niederlanden die Parteibindung zurück. Dies spüren vor allem die drei großen Volksparteien. In den letzten zwei Jahrzehnten sind ihnen zusammen mehr als 20 Prozent ihrer Mitglieder verloren gegangen. Die Parteien haben versucht die Einnahmeverluste durch den Mitgliederschwund wieder auszugleichen indem sie die Beiträge stetig erhöht haben (Cordes 2002: 66 f.). So konnten die Verluste allerdings kaum ausgeglichen werden. Da die Niederlande über keine ausgebaute staatliche Parteienfinanzierung verfügen, wie dies beispielweise in Deutschland der Fall ist, sind sie sehr auf Mitgliedsbeiträge angewiesen. Im Jahr 1999 wurde mit dem *Wet subsidiëring politieke partijen* die staatliche Parteienfinanzierung neu geregelt. Erhielten bis zu diesem Zeitpunkt bereits u.a. die wissenschaftlichen Institute und Jugendorganisationen der Parteien Geld vom Staat, so gab es für sie von nun an auch direkte

**Tabelle 5: Mitgliederzahlen ausgewählter Parteien in den letzten 20 Jahren**

	Mitglieder 1984	Mitglieder 1993	Mitglieder 2003	Veränderung 1983-2003	Veränderung 1993-2003
<b>CDA</b>	138.000	112.117	79.000	-43%	-30%
<b>PvdA</b>	100.861	74.000	60.062	-40%	-19%
<b>VVD</b>	90.776	54.000	46.391	-49%	-14%
<b>SP</b>		15.517	36.406		135%
<b>ChristenUnie</b>	22.317*	22.919*	27.000	21%	18%
<b>SGP</b>	21.200	23.665	25.850	22%	9%
<b>GroenLinks</b>	31.573**	13.548	18.469	-42%	36%
<b>D66</b>	12.000	13.000	12.711	6%	-2%
<b>LPF</b>			4.100		
<b>LN</b>			1.237		
Summe	416.727	328.766	311.226	-25%	-5%

\* Summe aus den Mitgliederzahlen der Vorläuferparteien GPV und RPF

\*\* Summe aus den Mitgliederzahlen der Vorläuferparteien CPN, EVP, PSP und PPR

Quelle: DNPP

Beihilfen für ihre Parteikasse, die sich aus einem Basisbetrag<sup>20</sup> und einem Zusatzbetrag zusammensetzt, wobei letzterer abhängig von der jeweiligen Mandatsanzahl in den beiden Parlamentskammern ist. Die staatlichen Beihilfen machten 2000 im Durchschnitt bereits 26% aus, während der Anteil der Mitgliedsbeiträge auf unter 50% gesunken waren (vgl. Lucardie 2003)<sup>21</sup>.

Die Zuschüsse zur Partei können nun direkt auch im Wahlkampf eingesetzt werden. Damit verfügen die Parteien nun auch über einen Zuschuss, der nicht an eine bestimmte Institution gebunden ist. So können staatliche Zuschüsse auf direktem Wege Wahlkampffzwecken zugeführt werden. Außer den Abgaben der Amts- und Mandatsträger der Parteien von 12,5 % (Lucardie 2003) verfügen die Parteien im Durchschnitt über keine größeren Einnahmequellen.

## 4 Das Mediensystem

Nach der Darstellung des politischen soll nun der Blick auf das Mediensystem gerichtet werden. Dieser Bereich lässt sich nochmals in Presse und Rundfunk unterteilen, deren Entwicklung relativ unabhängig voneinander verlief.

### 4.1 Die Presselandschaft

Die Presse in den Niederlanden hat sich bereits früh entwickelt. Ihre Geschichte reicht bis ins 17. Jahrhundert zurück und ist mit der langen Tradition der Pressefreiheit in den Niederlanden ver-

<sup>20</sup> Der Grundbetrag betrug bei Einführung des Gesetzes für den Parteizuschuss 75.000 Gulden; dazu kamen 24.000 Gulden je Parlamentssitz (Nehmelman 2000). Inzwischen sind diese Beträge auf 115.957 Euro bzw. 37.406 Euro angehoben worden, was eine Steigerung von jeweils knapp 71% darstellt.

<sup>21</sup> Abweichend davon gibt Naßmacher (2002) einen Anteil von 16% an. In diesem Wert sind allerdings die Beträge für die wissenschaftlichen Stiftungen der Parteien nicht enthalten.

bunden. So wurden in den Niederlanden schon früh Zeitungen gedruckt, die in anderen absolutistischen Ländern verboten waren (Bardoel/van Reenen 2002: 445).

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts rückte die Rolle der sogenannten Tendenzzeitungen ins Blickfeld. Hierbei handelte es sich um Zeitungen, die fest in eine Säule integriert waren und so die Interessen vor allem von Katholiken, Protestanten und Sozialdemokraten vertraten. Demgegenüber standen die „neutralen“ Zeitungen, die vor allem eine liberal-bürgerliche Klientel ansprachen, aber auch von den Mitgliedern der anderen Säulen gelesen wurden. „Obwohl es sehr viel mehr ‚Tendenzzeitungen‘ als so genannte ‚neutrale‘ Titel gab, erreichten beide Zeitungstypen zwischen den beiden Weltkriegen je die Hälfte der Leserschaft“ (Bardoel/van Reenen 2002: 445). Dieser Zustand änderte sich rasch in der Phase der Entsäulung in den 1960er Jahren, als den Tendenzzeitungen die Leser wegliefen. Die Reaktionen der Zeitungen waren sehr unterschiedlich: Einige versuchten neue Zielgruppen zu erschließen, indem sie die Verbundenheit zu ihrer Säule lösten. Andere Zeitungen stellten ihren Betrieb entweder ganz ein, fusionierten miteinander oder erschienen fortan nur noch wöchentlich. Auslöser dieser Konzentration war u.a. die Einführung von Werbung bei Fernsehen (1967) und Radio (1968), die bei den Zeitungen die Werbeeinnahmen spürbar zurückgehen ließen.

Im Jahr 2000 war der Marktanteil der vier größten Zeitungsverlage auf 95% angestiegen (Bardoel/van Reenen 2002: 446). Im Tageszeitungsmarkt ist es derweil zu einer Dreiteilung gekommen. Die drei größten Anbieter (Holdingmaatschappij/De Telegraaf, PCM Uitgever und Wegener) verfügen über 90% Marktanteil (CvdM 2003 : 19). Um die Macht der Verlage auf die Redaktionen zu beschränken, haben die Journalistenverbände in den 1970er Jahren ein Redaktionsstatut ausgehandelt, das den Redaktionen ein Mitspracherecht in vielen Fragen und eine unabhängige Redaktionsarbeit im Rahmen der Zeitungsidentität zusichert.

## **4.2 Die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

Zu Beginn dieser Arbeit war die Rede von den „Eigentümlichkeiten“ der Niederländer, nun soll der Blick auf eine davon geworfen werden: das Rundfunksystem. „Dieses System gehört zu den Schätzen des modernen Brauchtums des Landes und kommt auf der Welt sonst nirgendwo vor“ (Vieten 1990: 189 f.); es ist von spezieller Bauart. Für gewöhnlich wird es als öffentlich-rechtlich bezeichnet, was allerdings nur bedingt zutrifft, da das Programm der staatlichen Sender (mehrheitlich) von privatrechtlich-organisierten Programmgesellschaften kommt. So kommt es dazu, dass den Niederländern nur wenige Sendestationen zur Verfügung stehen, dafür aber ganz viele Programmanbieter. Im Gegensatz zu einem öffentlichen-rechtlichen Sender in Deutschland, der sich als Ganzes im „Binnenpluralismus“ üben soll (vgl. Meyn 1996: 116 und Diller 1999:

154), wird in den Niederlanden im Rundfunk der „externe Pluralismus“ (Thiel 1998: 45) verwirklicht. Es steht „die Autonomie der Rundfunkvereine im niederländischen System immer schon im Vordergrund“<sup>22</sup> (Ehlis 1998: 198). Fünf Rundfunkvereine bildeten bis 1965 ein geschlossenes System und repräsentierten jeweils eine der Säulen (vgl. Tabelle 1). Jede Rundfunkorganisation soll bis heute prinzipiell ein Programm für die eigene Anhängerschaft machen. Die Sendezeit der Rundfunkvereine richtet sich stets nach der Anzahl ihrer Mitglieder, und die wurde über das Abonnement der vereinseigenen Programmzeitschrift gemessen, die mit ihren Beiträgen das Programm bis Ende der 1960er ausschließlich finanzierten. Das System wurde 1967 mit dem Rundfunkgesetz festgeschrieben, aber gleichzeitig für weitere Anbieter geöffnet. Sender wie der konservativ-protestantische Sender EO und die beiden ehemaligen Piratensender Veronica und TROS traten dem System bei. Vor allem der Einfluss der Piratensender, die außerhalb der niederländischen Hoheitsgewässer in der Nordsee ihre Sender betrieben, führte zu Veränderungen in Inhalt und Struktur der Programme in Radio und Fernsehen.

#### **4.2.1 Radio**

Erste Radiosendungen wurden in den Niederlanden bereits 1919 ausgestrahlt. Seit Einführung des versäulten Rundfunks Mitte der 1920er Jahre wurden die Programme über zwei Sender übertragen. Heute verteilt sich das Programm auf fünf landesweite öffentlich-rechtlichen Wellen, die 2002 zusammen mit den Regionalprogrammen einen Marktanteil von 45,9% erzielten (CvdM 2002: 73).

Der Anteil regionaler privater Stationen betrug insgesamt landesweit nur etwa drei Prozent. Allerdings erzielen sie in ihren Sendegebieten oft deutlich höhere Marktanteile, was sie in vergangenen Wahlkämpfen für die Parteien attraktiv gemacht hat, zumal die Preise für eine gezielte lokale Radiowerbung für PvdA oder CDA gegenüber Fernsehspots deutlich günstiger sind.

#### **4.2.2 Fernsehen**

Bei der Einführung des Fernsehens in den 1950er Jahren wurde die alte versäulte Struktur mit einzelnen Rundfunkorganisationen vom Radio übertragen. Dennoch erwies sich insbesondere das Fernsehen als „Katalysator des Entsäulungsprozess“ (vgl. Toonen 1992), da es nicht nur eine besondere Faszination auf die Menschen hatte, sondern auch einen neuen Blick nach „draußen“ ermöglichte. Anders als bei den Tageszeitungen berichtete das zunächst einzige Fernsehpro-

---

<sup>22</sup> Damit verbunden ist eine wichtige Eigenschaft, nämlich eine gewisse Transparenz, die dem deutschen System durch den Binnenpluralismus fehlt. Da die VARA sich beispielweise explizit als sozialdemokratisch deklarieren muss, da das Mediengesetz sie dazu verpflichtet, weiß der Zuschauer stets, warum sie als „der PvdA nahestehender Rundfunkverein nicht kritisch über die sozialdemokratische Politik in Den Haag“ (Ehlis 1998: 206) berichtet.

gramm nicht nur über das Geschehen in der eigenen Säule, sondern schaute darüber hinaus. Die Fernsehzuschauer wurden fortan innerhalb kürzester Zeit von den unterschiedlichsten Programmangeboten beeinflusst ohne umschalten zu müssen (oder zu können).

Im Jahr 1963 wurde der privat-organisierte aber bislang nicht-kommerzielle Rundfunk vor neue Tatsachen gestellt. Gab es zuvor bereits populäre Piratensender in der Nordsee, die ein werbefinanziertes Radioprogramm ausstrahlten, so wurde mit der REM-Initiative<sup>23</sup> der Druck auf den Staat und sein Rundfunksystem erhöht. Der Versuch auf einer Bohrinsel in internationalen Gewässern einen zweiten Fernsehsender mit kommerziellem Programm zu installieren wurde schließlich vier Monate nach Sendebeginn von der niederländischen Regierung unter Anwendung eines eigens im Parlament verabschiedeten „Anti-REM-Gesetzes“<sup>24</sup> verhindert, indem man die Insel beschlagnahmte. Diese Maßnahme stieß in der niederländischen Bevölkerung auf Unverständnis und die Presse kritisierte die Aktion als lächerlich (vgl. Thiel 1998: 64 f.).

Das *Omroepwet* (Rundfunkgesetz) von 1967 versuchte die Forderungen aus Wirtschaft und Bevölkerung in das bestehende System zu integrieren, indem es zum einen neue Rundfunkvereine zuließ und zum anderen Werbung in öffentlich-rechtlichen Programm erlaubte. Aus der REM-Initiative ging die *Televisie en Radio Omroep Stichting* (TROS) hervor, die nun ebenso wie der ehemalige Piratensender Veronica in das System aufgenommen wurden. Werbung wurde fortan durch eine eigene Stiftung – *Stichting Etherreclame* (STER) – in das Programm integriert, ohne dabei die Unabhängigkeit der Rundfunkvereine zu gefährden (vgl. Thiel 1998: 68).

### 4.3 Das Privatfernsehen

Die Einführung des niederländischen Privatfernsehens verlief über einige Umwege und nahm ihren Ausgangspunkt in Luxemburg, dem Sitz von RTL, für die der niederländische Werbemarkt von großem Interesse war. Die Regularien für die Öffentlich-Rechtlichen bezüglich der Programminhalte waren sehr streng; so galt es immer einen hohen Anteil an Information und Kulturrellem zu garantieren. Auch wenn die sogenannte *vertrossing*<sup>25</sup> zu einem Wandel des Fernsehprogramms, zu mehr Unterhaltung geführt hatte, so durfte sich RTL mit einem noch gezielter auf Unterhaltung konzentrierten Programm viele Zuschauer und damit hohe Werbeumsätze erhoffen. RTL nutzte schließlich 1989 eine Lücke im niederländischen Mediengesetz, dass nicht nur die

---

<sup>23</sup> Die *Reclame Exploitatie Maatschappij* (REM, dt.: Gesellschaft zur Nutzung von Werbung) war eine kommerzielle Initiative, die mit Unterstützung aus der werbetreibenden Wirtschaft ein Unterhaltungsprogramm in Konkurrenz zum Säulenprogramm etablieren wollte (vgl. Thiel 1998: 63 f.).

<sup>24</sup> Das Gesetz konnte erst nach einer Regierungskrise verabschiedet werden, da sich die VVD und CHU vehement gegen das Anti-REM-Gesetz ausgesprochen hatten. Schließlich wurden die PvdA wieder an der Regierung beteiligt, die das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem ebenso gegen kommerzielle Einflüsse schützen wollte.

<sup>25</sup> Benannt nach der Rundfunkorganisation TROS, die vor allem mit Unterhaltungsprogrammen die Zuschauer gewinnen konnte.



Einspeisung ausländischer Fernsehprogramme in die Kabelnetze erlaubte, sondern auch niederländische Werbung. So starteten mit RTL-Veronique und TV10 zwei private Sender, von denen letzterer allerdings wieder von der niederländischen Medienaufsichtsbehörde – dem *Commissariaat voor de media* – verboten wurde, da er sich nur als ausländischer Sender getarnt habe, in Wirklichkeit aber ein niederländischer Sender gewesen sei (Ehlis 1998: 90 f.). RTL hingegen durfte weiter senden und wurde unter dem Namen RTL 4 zum Marktführer.

Das Verbot ausländischer Sender – und damit der Versuch den heimischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu schützen – blieb zukünftig erfolglos, da durch die EG-Fernsehrichtlinien die Auflagen für ausländische Sender fast gänzlich wegfielen. 1992 hatte RTL 4 sich über 80% des Werbemarktes gesichert, schließlich war man „nicht an massive Werbebeschränkungen gebunden wie die Öffentlich-Rechtlichen, konnte attraktivere Werbezeiten, Formen wie Unterbrecherwerbung und aufgrund der hohen Einschaltquoten auch noch günstigere Tarife anbieten“ (Ehlis 1998: 92).

Mit der 1990 vom Beratungsunternehmen McKinsey durchgeführten Studie wurde auf der anderen Seite auf den Attraktivitätsverlust reagiert. Es kam in der Folge 1991 zur einer deutlichen Umstrukturierung aller drei öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramme, die inzwischen drei Vollprogramme (mit Information, Kultur und Unterhaltung) bilden. Das kommerzielle Fernsehen wurde auch endgültig in den Niederlanden selbst ermöglicht, wobei es aber erst mit einer Zeitverzögerung von einigen Jahren zur Gründung neuer Sender kam. Ende 2002 gab es insgesamt 14 Privatsender, die landesweit in niederländischer Sprache sendeten.

#### **4.4 Die Dreiteilung medialer Macht (*wet van drie*)**

Wie bereits im Kapitel 4.1 angesprochen ist der niederländische Markt für Tageszeitungen in drei – etwa gleich große – Blöcke aufgeteilt. Diese Dreiteilung findet sich allerdings auch bei anderen Bereichen. So dominieren auch auf dem Fernseh- und dem Kabelnetzmarkt drei Anbieter: beim Fernsehen sind dies das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem (NOS), die Holland Media Group (u.a. mit RTL 4) und SBS, die zusammen fast 80% der Marktanteil haben (CvdM 2003: 112). Die drei größten Kabelnetzbetreiber UPCA, Essent und Camesa verfügen sogar über rund 86% Marktanteil (CvdM 2003: 67).

Das für die Kontrolle der Medien zuständige *Commissariaat voor de media* sieht in ihrem letzten Bericht vom Mai 2003 (CvdM 2003) das *wet van drie* (Gesetz der drei) immer noch in Kraft, weist aber auf eine starke Entwicklung zu „cross-ownership“ unter Presse, Rundfunk und Kabelkonzernen hin. Längst warnen die Politiker selbst vor den möglichen Konsequenzen dieser wirtschaftlichen Konzentration. So sprach der letzte lijsttrekker der PvdA Wouter Bos von „subtilen“

Gefahren und warnte: „der Einfluss auf unseren demokratischen Prozess ist schleichender als die sichtbare Entgleisung im Italien von Berlusconi“ (Bos 2003).

## 5 Politische Kommunikation in den Niederlanden

Politischen Kommunikation ist auch in den Niederlanden ein weites Spektrum. Im Rahmen dieser Arbeit sollen vor allem die Inhalte, Strukturen und Methoden des Wahlkampfes näher betrachtet werden. Insbesondere der verstärkte Einsatz von Medien durch die Parteien verdient wegen der stetigen Verstärkung der Medienlogik (im Vergleich zu Partei- und Säulenlogik) eine besondere Beobachtung.

### 5.1 Die Entwicklung des Wahlkampfes

Die folgende Einteilung in drei Entwicklungsphasen geht auf den niederländischen Kommunikationswissenschaftler Kees Brants zurück, der diese Gliederung gleichermaßen für die „recent history of political communication in the Netherlands“ als auch für „the development of the political spot“ (Brants 1995: 144) eingeführt hat<sup>26</sup>. Dieser Struktur wurden zwei Kapitel angefügt, um den Besonderheiten der Wahlen von 2002 und 2003 Rechnung tragen zu können und kritisch zu beleuchten, ob die beiden Wahlen immer noch Teil der von Brants beschriebenen *fase van onzekerheid* (Phase der Unsicherheit) sind.

#### 5.1.1 Die Phase der Sicherheit (1945-1965)

In der Nachkriegszeit ist die politische Kultur geprägt durch Geheimhaltung<sup>27</sup>, *overleg* bei den Eliten und eine äußerst folgsame Wählerschaft (Huijskens 1994: 112). Die Massenmedien sind fest in das System der *verzuiling* eingebunden und stützen die Politik der eigenen Säulenpartei, wodurch parteipolitische Sendungen einen „überflüssigen Luxus“ (ebd.) darstellen. Nicht zuletzt wegen der begrenzten finanziellen Mittel waren in den 1950er und 1960er Jahren die *straatsposters* und Wahlplakate sehr wichtig, auf denen nur wenig Gesichter, dafür umso mehr die Nummer der Listen und die Namen der *lijsttrekker* Platz fanden (Houterman 1994: 62).

Die politischen Inhalte spielten nur am Rande eine Rolle im Wahlkampf: „Die versäulten Parteien tendieren dazu, in den Wahlkämpfen mehr weltanschauliche Selbstbestätigung als wirkliche Sachauseinanderstetzung zu betreiben“ (Steiniger 1975: 148).

Bei der Wahl 1952 geht die PvdA zum ersten Mal mit einem landesweiten *lijsttrekker* Willem Drees in den *stembusstrijd* (Wahlkampf) und schult und organisiert zum ersten Mal gezielt

---

<sup>26</sup> Diese Darstellung wurde u.a. von Huijskens (1994) übernommen, wobei er ihn fälschlich als „Brandts“ zitiert.

<sup>27</sup> „Es gibt so etwas wie eine Abschirmung der Entscheidungsprozesse gegen die Öffentlichkeit.“ (Steiniger 1975: 145)

15000 *fakkeldrager* (Fackelträger), die sich u.a. mit Hausbesuchen um die Wählergunst bemühen sollen (Elzinga/Voerman 2002: 107 f.).

Die KVP nominierte mit Carl Romme bei den folgenden Wahlen ebenfalls nur noch einen landesweiten *lijsttrekker* und eröffnete damit auch das persönliche Wettrennen zwischen den Kandidaten. Bei diesem Wahlkampf kann man zum ersten Mal von einem richtigen horse-race sprechen, bei dem die PvdA erstmals stärkste Partei wurde. Neben der verstärkten Personalisierung tauchten allerdings auch erstmals Ansätze von Aggressivität auf. So manipulierten Wahlhelfer von KVP und PvdA jeweils gegenseitig ihre Veranstaltungen, indem beispielsweise Mikrofonkabel durchgeschnitten oder Stinkbomben gezündet wurden (vgl. Elzinga/Voerman 2002: 117). Der Wahlkampf stand zudem unter dem Konfrontationskurs der katholischen Kirche gegenüber den Sozialdemokraten, der die aggressive Stimmung weiter verstärkte<sup>28</sup>.

„In den 1950er Jahren besaßen die Wahl-Kampagnen noch einen ziemlich amateurhaften Charakter“ (vgl. Elzinga/Voerman 2002: 122). Dies sollte sich bereits mit der Wahl 1959 ändern. Wählerbefragungen und politisches Marketing waren von nun an keine Fremdwörter mehr, machten den Wahlkampf jedoch auch kostenintensiver. Die großen Parteien wie KVP, PvdA und VVD beauftragten *reclamebureaus* mit dem Entwurf von Kampagnen und ließen Sportler für sich im Radio werben. Zudem konnten KVP und PvdA auf ihre verwandten Rundfunkvereine der eigenen Säule (KRO und VARA) zurückgreifen, um von ihnen zusätzliche Publizität zu erhalten. Es kam nicht nur zur Ausstrahlungen im Radio, sondern auch zu ersten experimentellen Fernsehspots (Brants 1995: 146).

Ab Februar 1962 strahlten die Parteien wöchentlich ihre politischen Sendungen aus (Huijskens 1994: 111)<sup>29</sup>. Diese waren allerdings anfangs wenig erfolgreich, da die meisten Kandidaten mit dem neuen Medium nicht richtig umgehen konnten. Der Vorsitzende der Bauernpartei BP etwa war eine Ausnahme. Bei den ersten Fernsehdebatten 1963 konnte der BP-*lijsttrekker* Koekoek gleich mehrmals mit seiner einfachen, aber sehr direkten Art nicht nur viele Sympathien, sondern auch Fernsehdebatten und Wählerstimmen gewinnen. Besonders am letzten Punkt kann man eine große Veränderung in der politischen Kommunikation festmachen. Galt bisher für die Säulenparteien, dass sie bei den Wahlen kaum Stimmen hinzugewinnen konnten (Andeweg/Irwin 1993: 92), so änderte sich dies natürlich für eine Partei wie die BP, die neue Wähler gewinnen musste, um erfolgreich ins Parlament einziehen zu können. Das Aufkommen neuer Parteien, wie der

---

<sup>28</sup> Die katholischen Bischöfe hatten bereits 1954 alle Katholiken aufgerufen nicht weiter unchristlichen Parteien wie der PvdA anzugehören, sondern diese Parteien ihrem Seelenheil zuliebe zu verlassen.

<sup>29</sup> Für die politischen Fernsehwerbung erhalten die niederländischen Parteien für die Produktion ihrer Sendungen Zuschüsse vom Staat und technische Unterstützung vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die gilt genauso bis zum heutigen Tage wie die gleichmäßige Verteilung der Sendezeit unter allen Parteien, die landesweit antreten – unabhängig von ihrer Mitgliederzahl oder Mandatszahl im Parlament.

PSP, der BP und auch der streng-protestantischen SGP, zwangen die großen Parteien zum Umdenken, was die Rolle politischer Werbung betrifft. Zusammenfassend lässt sich politische Fernsehwerbung von damals treffend kennzeichnen mit: „Unglaublich, belanglos und unansehnlich obendrein“ (Huijskens 1994: 111, Ü.d.V.).

### 5.1.2 Die Phase der vorsichtigen Veränderung (1965-1986)

Bezeichnend für die nächste Phase ist die bereits vielfach genannte *ontzuiling* der niederländischen Gesellschaft und die mit ihr einhergehende *deconfessionalisering* (Huijskens 1994: 112) sowie damit der Verlust von Wählern für die christlichen Parteien. Gleichzeitig lässt sich mit der Gründung neuer Parteien eine Abkehr von Geheimnistuerei und Kompromiss zu „openess and controversy“ (Brants 1995: 148) feststellen<sup>30</sup>. Die Geburt des *zwevende kiezer* veranschaulicht den Verlust der Parteibindungen und den Beginn eines wirklichen Wettbewerbs um die Wähler. Der Wahlkampf 1967 begann mit einer langen aber deutlichen Botschaft: „Dies ist die Zeit für Erneuerung. Das heutige System ist krank und müde. Es sucht Kompromisse und zögert. Wir wollen es durchbrechen. Wir wollen eine neue Demokratie. Ein neues Wahlsystem. Und eine pragmatische Politik. Und Deutlichkeit. Und Offenheit. Und Freiheit. Wir wollen, dass auch Sie wieder was zu sagen haben. Und sie?“ (Elzinga/Voerman 2002: 134, Ü.d.V.) Dieser Text findet sich auf dem Wahlplakat der Democraten 66, die sich aus Protest gegen das bestehende System gegründet hatten und mehr Bürgerbeteiligung am politischen Prozess forderten. Sie machten als erste auch Gebrauch von „modern campaign methods“ (Brants 1995: 149), schließlich gehörten viele „Journalisten, Lehrer, Gesellschaftswissenschaftler, junge Manager und erfolgreiche Freiberufler“ (Lepszy/Woyke 1985: 127) schon zu den Gründern der Partei. Nicht zuletzt mit der Hilfe von Werbetreibenden entstand ein Fernsehspot mit dem D66-Parteigründer Hans van Mierlo, der heute als Klassiker gilt (Huijskens 1994: 112) und der jungen Partei einen guten Start brachte<sup>31</sup>. Im Fernsehen wurden auch die ersten *lijsttrekker*-Debatten übertragen. Seitdem treffen Spitzenkandidaten sich am Vorabend der Wahl im Fernsehen zu der wichtigen Abschlussdebatte. Der PvdA-Spitzenkandidat Joop den Uyl übte sich mit einer Bustour in Bürgernähe (Elzinga/Voerman 2002: 138) und die PSP warb mit dem Slogan: „Sie wollen doch auch etwas zu sagen haben?“. Das Thema Partizipation wurde vor allem von Links ernst genommen.

Als die pazifistische PSP vier Jahre später mit einem Wahlplakat mit einer nackten Frau für ihre Politik geworben hat, dürfte das weltweit einmalig gewesen sein. Unter dem Motto „PSP – un-

---

<sup>30</sup> Brants betont andererseits, dass „the politics of accomodation did not undergo as complete“ und stellt auch noch für 1995 fest: „The Netherlands is still a consensus democracy“ (Brants 1995: 148).

<sup>31</sup> „The television performance of the leading candidate helped to build the image of a fast, young, dynamic party“ (Brants 1995: 149).

bewaffnet“ warb man bei den ersten Wahlen der 1970er für eine friedliche Welt ohne Krieg und Militär und schockte damit die Niederländer. In verschiedenen Gemeinden wurde versucht, den Gebrauch der Poster zu hindern (Elzinga/Voerman 2002: 146).

Noch mehr Aufsehen erregte allerdings eine vollkommen andere Innovation im niederländischen Wahlkampf: Die drei progressiven Parteien PvdA, D66 und PPR präsentierten am 16. April 1971 auf einer Pressekonferenz das erste Schattenkabinett in der niederländischen Geschichte. Damit wurde dem niederländischen Wähler zum ersten Mal bereits vor dem Wahltag und vor der *formatie* offen angekündigt, welche Köpfe die Ministerposten übernehmen sollen. Bei der nachfolgenden Wahl 1972 wurde mit dem „Keerpunt’72“ vom progressiven Block auch bereits schon ein gemeinsames Regierungsprogramm vorgestellt. Der Wahlkampf war gekennzeichnet von den finanziellen Nöten der Parteien (Elzinga/Voerman 2002: 153). Trotzdem sind bei allen niederländischen Parteien seit den 1970ern steigende Ausgaben für Untersuchungen und Meinungsumfragen festzustellen. Insbesondere die großen Parteien verzichteten seitdem nicht mehr auf die Umfragedaten der großen Meinungsforschungsinstitute.

Analog zum progressiven Block traten die drei großen konfessionellen Parteien 1977 erstmals mit einer gemeinsamen Liste an. Die Liste konnte verglichen mit dem Ergebnis der Einzelparteien von 1972 einen Sitz hinzugewinnen. Noch erfolgreicher war die PvdA des Ministerpräsidenten den Uyl, die mit 53 Sitzen ihr bestes Ergebnis seit ihrem Bestehen einfuhr. Die Koalitionsgespräche mit dem CDA scheiterten allerdings an einem Beschluss des PvdA-Parteirats, der einen Ministerposten mehr vorsah als für den CDA, und der Tatsache, dass den Uyl gleich drei führende CDA-Leute nicht in sein Kabinett aufnehmen wollte. Nach der längsten *formatie* in der niederländischen Geschichte kam es schließlich zur Koalition zwischen dem CDA und der deutlich gestärkten VVD, die sich von 22 auf 28 Sitze verbessert hatte. Die PvdA musste als stärkste Partei in die Opposition. Obwohl die Sozialdemokraten bei den Wahlen 1971, 1972 und 1977 jeweils als stärkste Kraft hervorgingen, waren sie – aufgrund ihrer Polarisierungsstrategie – nur in einem der vier Kabinette in diesem Zeitraum vertreten.

Das Ende der Polarisierung spiegelt sich im Wahlkampf 1981 wider, der unter dem Motto stand: Regieren oder nicht Regieren. „Die meisten Parteien taten ihr Möglichstes um eine Polarisierung zu vermeiden, um die Chance zur Regierungsteilnahme so groß wie möglich zu halten“ (Elzinga/Voerman 2002: 169, Ü.d.V.). Auch die Slogans der großen Parteien „Zusammen verantwortlich“ (CDA), „Zusammen an die Arbeit“ (VVD) und „Es muss anders werden, zusammen können wir das“ (PvdA) verdeutlichen den Willen zur Zusammenarbeit. Die Konfliktstoffe, wie den Ölboykott für Südafrika oder den Umgang mit Kernwaffen, und sogar der persönliche Zwist zwischen van Agt (CDA) und den Uyl (PvdA) wurden in den Hintergrund geschoben.

Ähnlich verlief die Krisenwahl im September 1982, die von einem der kürzesten Wahlkämpfe der niederländischen Geschichte begleitet wurde, zumal er in den Ferien stattfand. Die Sozialdemokraten folgten ihren Landsleuten dabei bis an die spanischen Strände, wo an die niederländischen Touristen eine PvdA-Zeitung verteilt wurde. Nach drei Wahlen innerhalb eines Jahres waren die Niederländer jedoch trotz solch kreativer Ideen wahlmüde, so dass die Wahlbeteiligung auf 81% zurückging (1981: 87%).

### 5.1.3 Die Phase der Unsicherheit (1986-2002)

Die letzte Phase hatte laut Brants ihren Beginn im Wahljahr 1986 und ist geprägt vom „growing gap between citizens and politics“ (Brants 1995: 152). Dies ist zum einen gekennzeichnet durch die sinkenden Mitgliederzahlen der Parteien, zum anderen durch „the end of ideology“ (ebd.). Mit dem Ende der politischen „Ideen“ hat die Bedeutung der (bewegten) Bilder stetig zugenommen. Dies zeigt sich im professionelleren Umgang der Politiker mit den Medien.

Mit zusammen 106 Sitzen verfügten CDA (54 Sitze) und PvdA (52) nach den Wahlen 1986 über mehr als zwei Drittel der Stimmen. Die beiden Parteien hatten den Wahlkampf mit den Themen Arbeitslosigkeit, Atomwaffen und Kernenergie bestimmt (Gladdish 1991: 64). Insgesamt kam es durch die vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung von 86% (1982: 81%) und der Stärke der beiden großen Parteien zu einer Bereinigung des Parteienspektrums im Parlament. Die radikalen Parteien verloren insgesamt acht Mandate, die Kommunisten mussten ihre Parlamentsitze ganz räumen.

Die Kampagne der Christdemokraten war voll auf ihren Ministerpräsidenten Ruud Lubbers zugeschnitten, während die Sozialdemokraten auf das Duo aus Alt-Ministerpräsident den Uyl und Newcomer Wim Kok setzte. Insgesamt war die Wahl von 1986 ein Wettstreit der charismatischen *lijsttrekker*, an dem sich auch wieder Hans van Mierlo beteiligte, der für seine D66 erfolgreich als Retter in der Not fungierte und drei Sitze hinzugewann (Elzinga/Voerman 2002: 186).

Der Wahlkampf lief verstärkt über das Fernsehen ab. „Es gab 1986 in den letzten zehn Tagen vor der Wahl mehr TV-Debatten als 1977, 1981 und 1982“ (Schinkelshoek 1994: 179). Es fällt allerdings auf, dass die *lijsttrekker* – im Gegensatz zu vorigen Wahlen – nicht zusätzlich in Talkshows auftraten<sup>32</sup>, wo die Politik stets hinter der Person zurückstehen muss. Interessant und „ausgeklügelt“ war Lubbers Auftreten in der letzten TV-Debatte am Vorabend der Wahl, wo er sich nicht allzu offensiv gab und gerade deshalb die Runde als Sieger verlassen konnte.

---

<sup>32</sup> Seit den 1970er ist man es in den Niederlanden gewohnt, dass Politiker auch in Unterhaltungsshow im Fernsehen auftreten und damit an *free publicity* zu kommen. *Free publicity* ist mithin das belangreichste Instrument für die niederländischen Wahlkämpfer (van Praag 1995: 240).

In der niederländischen Politik gibt es ein Sprichwort: „Wie breekt, betaalt.“<sup>33</sup> Dahinter steht der Erfahrungswert, dass eine Partei, welche die Schuld zum Bruch der eigenen Regierungskoalition zu tragen hat, am Wahltag mit Stimmverlusten dafür bezahlen muss<sup>34</sup>.

Die Sozialdemokraten um Wim Kok führten erneut einen vorsichtigen Wahlkampf (vgl. Elzinga/Voerman 2002: 193) und schickten sich an, möglicher neuer Koalitionspartner der CDA zu werden. Sie verloren mit dieser „behutsamen“ Taktik allerdings drei Sitze an D66. Auch die Christdemokraten griffen den möglichen neuen Koalitionspartner PvdA nicht an. Der „Schmusekurs“ der großen Parteien führte nicht nur zu einem Wegbruch der Wahlbeteiligung auf 80%, sondern auch zur Stärkung der radikalen Linken (6 Sitze) und radikalen Rechten (+1 Sitz).

Inzwischen war um die *lijsttrekkerdebat* am Vorabend der Wahl längst ein medialer Wettstreit der Rundfunkvereine entbrannt. 1989 einigten sich die Programmanbieter erstmals darauf, bei der Gestaltung und Produktion der Sendung zusammenzuarbeiten.

Zu den Wahlen 1994 war es den Parteien erstmals möglich, Fernsehwerbung bei den neuen Privatsendern einzukaufen,<sup>35</sup> jedoch wurden letztendlich keine Werbespots bei RTL 4 – dem größten niederländischen Privatsender – geschaltet, sondern nur bei einigen kleineren lokalen und regionalen Fernsehstationen (van der Eijk 2000: 323). Dies hatte gleich mehrere Gründe: Zum einen waren die finanziellen Mittel der Parteien durch den Mitgliederschwund äußerst begrenzt, zum anderen bestand bei RTL auch kein großes Interesse explizit nur einer Auswahl von Sendern Werbezeit zu verkaufen. Eine Bevorzugung einer bestimmten parteipolitischen Richtung war nicht im Sinne der Geschäftsinteressen des Senders. Neben dem Argument „Entweder alle oder keiner!“ seitens von RTL drängte auch die für Medien zuständige Ministerin darauf auf den Kauf von Werbung bei den Privaten gänzlich zu verzichten (ebd.).

So blieben den Parteien nur die zentral gewiesenen Sendeblöcke im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, die auf sechs mal drei Minuten festgesetzt wurden.

Der Wahlkampf war laut van Praag und Brants durch Professionalisierung, Popularisierung und den intensiven Einsatz lokaler Medien geprägt. Während die Zusammenarbeit mit den lokalen Fernseh- und Radiostationen für die finanzschwachen Parteien bis heute ein wichtigen Stellenwert hat und als eine erfolgreiche Strategie gilt, erlebte die CDA mit ihrem professionalisierten Wahlkampf und der Konzentration auf ihren Spitzenkandidaten Brinkmann ein wahres Desaster. Sowohl der Kandidat als auch die Profi-Kampagne kamen bei den Wählern nicht gut, was

---

<sup>33</sup> „Wer bricht, bezahlt!“ (Ü.d.V.), vgl. Geismann (1964): 199

<sup>34</sup> Nachdem die VVD-Fraktion unter ihrem Chef Voorhoeve gegen einen Regierungsantrag gestimmt hatte, bot der Ministerpräsident Lubbers der Königin sogleich den Rücktritt seiner Regierung an. Bei den vorgezogenen Neuwahlen wurden die rechtsliberale VVD mit dem Verlust von fünf Mandaten „bestraft“ und fand sich damit auf dem Niveau von 1972 wieder. Ähnlich erging es der DS'70 bereits bei den Neuwahlen 1972.

<sup>35</sup> Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist der Kauf politischer Werbung bis heute untersagt.

schlussendlich zum Absturz der Christdemokraten auf 22,2% (1989: 35,3%) führte. Die beiden liberalen Wahlgewinner D66 und VVD bildeten schließlich zusammen mit den Sozialdemokraten das erste „paarse kabinet“<sup>36</sup>, bei dem erstmals keine Minister christlicher Parteien mit am Tisch saßen. Die Koalition – *Paars I* genannt – wurde bei den Wahlen 1998 bestätigt und konnte trotz der Verluste der kleinsten Regierungspartei D66 ihre Mehrheit ausbauen. Bei den Wahlen 1998 konnten erstmals auch Fernsehspots bei der STER gekauft werden, was von der D66 und der SP genutzt wurde, die mit ihrem Slogan „Tegen!“ („Dagegen!“) ihr „negative campaigning“ auch ins Fernsehen trugen. Neben dem Fernsehen kündigten sich allerdings bereits neue Zeiten an. Mit der Präsenz im Internet steht den Parteien ein Medium zur Verfügung, über dessen Inhalte sie vollkommen frei verfügen können und das zudem nur geringe Kosten verursacht. Durch den Interneteinsatz ist man ständig zwar präsent, wodurch der Trend zur *campaign* verstärkt wird.

#### 5.1.4 Die Wahlen 2002 und 2003 und das Phänomen Pim Fortuyn

„Der Mord an Fortuyn veränderte alles, er veränderte die Niederlande, er veränderte die traditionelle Dynamik der Schlussphase einer Kampagne, in der Macht- und Vertrauensfragen die Wahlentscheidung eines Wählers schlussendlich bedeutend beeinflussen“ (Monasch 2002: 335). Diesen Satz schrieb einer der Wahlkampfmanager der PvdA Jaques Monasch in seiner Nachbetrachtung der Wahl von 2002. Aber es war nicht nur der Mord an Pim Fortuyn zum Ende des Wahlkampfes, der die Kampagne veränderte. Schon weit vor dem 6. Mai 2002 war der Wahlkampf ein anderer. Nach acht Jahren *Paars* war in der Bevölkerung ein gewisser Unmut zu spüren. Eine Regierung aus der wirtschaftspolitischen linken PvdA und der rechten VVD – zusammen mit der linksliberalen D66 – hat die Identifikation der politischen Parteien verwässert (Duijvesteijn/Hogewind/de Ridder 2002: 9). Der Koalitionsfriede trug nicht dazu bei, dass die Identifikation der Wähler mit den Parteien erleichtert wurde. Insbesondere am linken Rand konnte die SP viele enttäuschte Wähler auffangen<sup>37</sup>. Aber es ging bei den Wahlen 2002 um mehr, als nur um parteipolitisches Profil. Es ging um eine „demokratische Debatte“ (Algemeen Dagblad), die in Hilversum ermordet wurde (vgl. Zitzmann 2002). Pim Fortuyn war gegen das versammelte Establishment der Parteien angetreten, das ihn fortwährend dämonisierte. Damit blieben sie allerdings ziemlich erfolglos, da Fortuyn in den Medien nicht nur professionell und selbstbewusst auftrat, sondern weil er mit seiner direkten Art oft das aussprach, was viele seiner Landsleute dachten. Mit seinem Slogan „At your service“ gab sich Fortuyn als Hoffnungsträger der Bürger, die sich durch die anderen Parteien nicht mehr repräsentiert sahen. In ihm bündelten sich die

---

<sup>36</sup> „Lilafarbenes Kabinett“ (Ü.d.V.), Mischung aus Rot (=PvdA) und Blau (=VVD)

<sup>37</sup> Diese Entwicklung stabilisierte sich dann auch bei den Neuwahlen im Januar 2003.



Hoffnungen und auch der Ärger über den „Scherbenhaufen von acht Jahren sozialliberaler Koalition“<sup>38</sup>. Er polarisierte gezielt in den Fernsehdebatten und stellte die Konsenspolitik der etablierten Parteien an den Pranger.

Seit den Wahlen 2002 ist eine vollständige Rückkehr zur Konsenspolitik nicht mehr wirklich denkbar. Der Ton im kurzen Wahlkampf 2003 war zwischen den etablierten Parteien um einiges schärfer. Der junge Sozialdemokrat Wouter Bos stand in seinem medialen Auftreten dem Fortuyns in nichts nach und kritisierte ebenso die starre niederländische Bürokratie. Bos' PvdA konnte schließlich in der Wählergunst wieder zu den Christdemokraten aufschließen, aber dennoch stellt sich die Frage, ob dies der erfolgreichen Anpassung an die *medialogica* (Raad voor Maatschappelijke Ontwikkeling 2003: 33) zuzurechnen ist oder ob die Sozialdemokraten den Wunsch der Bürger nach inhaltlicher Veränderung und Klarheit ernst genommen haben. Die nächsten Wahlen und Wahlkämpfe, aber noch vielmehr die Politik in Parlament und Regierung werden der Prüfstein für die Parteien sein.

## 6 Schlussbetrachtungen

Es gilt nun die einzelnen Variablen und ihr Zusammenspiel zu betrachten. An erster Stelle soll immer wieder der Ausgangspunkt stehen: die politische Kultur der Niederlande. Der folgende Abschnitt ist in vier Phasen eingeteilt, deren Ende jeweils durch einen Wechsel von einer eher konsenssuchenden zu einer eher polarisierenden politischen Kultur (und natürlich umgekehrt) gekennzeichnet ist.

### 6.1 Konsens der Eliten (1946-1967)

Wir haben gesehen, dass die politische Kultur zunächst durch die Versäulung und das konkordanzdemokratische System geprägt wurde. Kennzeichnend hierfür war eine konsensorientierte Politik der Säuleneliten ohne Einbeziehung ihrer Wähler, deren Säulenloyalität zugleich auch eine Parteiloyalität war. Die politische Kommunikation der Parteien war darauf beschränkt, die Wähler der eigenen Säule mit Plakaten zu mobilisieren.

Wahlsendungen in Radio und Fernsehen waren nicht nur ungewohnt und unter dem besagten Gesichtspunkt auch unnötig, da neue Wähler nicht gewonnen werden konnten und sollten.

Sowohl das politische System als auch das Mediensystem waren in die versäulte Struktur der Gesellschaft integriert. Über Impulse von außen wurde diese Struktur Mitte der 1960er Jahre aufgebrochen.

---

<sup>38</sup> Ein Buchtitel von Pim Fortuyn.

Externe Impulse
-----------------

- Forderung nach Vergangenheitsbewältigung durch die Jugend
- Weltweite Friedens- und Protestbewegung
- Ende der wirtschaftlichen Wiederaufbauphase (Entwicklung des Postmaterialismus)
- Einführung des neuen Unterhaltungsmediums Fernsehen
- Wirtschaft sucht Werbe- und Verdienstmöglichkeiten im Rundfunk

Diese Impulse führten zu verschiedenen Veränderungen in den beiden genannten Systemen:

Politisches System	Mediensystem
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gründung neuer „Issue“-Parteien: PSP: Frieden BP: Bauernfreiheit</li> <li>- Anteil der Versäulungsparteien bei Wahlen sinkt zunächst unter 90%</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Aufmerksamkeit überträgt sich von Zeitung und Radio auf das Fernsehen, dadurch wirtschaftliche Probleme im Zeitungsbereich</li> <li>- Fernsehen bietet Unterhaltungssendungen für alle Säulen</li> <li>- Werbung wird im öffentlich-rechtlichen Rundfunk über zentrale Stiftung zugelassen</li> <li>- Rundfunksystem wird für neue Anbieter geöffnet</li> </ul>

Sowohl im Parlament als auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zogen in die altherwürdigen Clubs neue Mitglieder ein, welche erfolgreich neue Inhalte (Partizipation statt Säulenloyalität und Fernsehunterhaltung statt Säulrundfunk) in die Systeme trugen. Die neuen Clubmitglieder schufen nicht nur eine neue Konkurrenzsituationen, sondern hatten auch die Hoffnung Einfluss zu gewinnen. Die Progressiven hofften im Parteiensystem gar darauf mehrheitsfähig zu werden und verfolgten fortan eine Polarisierungsstrategie.

## 6.2 Polarisierung der Progressiven

Ende der 1960er Jahre ist ein Wechsel in der politischen Kultur auszumachen, der durch eine Abkehr vom bisherigen konsensorientierten Umgang der Parteien untereinander gekennzeichnet ist. Dennoch zielte die Strategie in erster Linie auf mehr Deutlichkeit und Klarheit, was die Alternativen im politischen Wettbewerb betraf. Die Parteien wandelten sich, wurden programmatischer und führten Wahlprogramme ein, womit auch die politische Kommunikation inhaltlicher wurde.

Es kam außerdem zur progressiven Blockbildung. Damit wurde der Pfad der alten Versäulungsdemokratie verlassen, auf dem es üblich gewesen war, dass die Regierungsbildung im Anschluss an die Wahlen zu Koalitionen führte. Nun wurden schon im Wahlkampf Koalitionsaussagen getroffen, oder wie im Fall der PvdA gar bestimmte Parteien per Parteitagsbeschluss von vorneherein als zukünftige Koalitionspartner ausgeschlossen. Diese Änderung in der politischen Kommunikation kann deutlich darauf zurückgeführt werden, dass in der politischen Kultur neue Werte

wie Partizipation und Erneuerung eine bedeutsame Rolle spielten. Anders als noch in den 1950er Jahren, sollte dem Wähler die Entscheidung über die künftige Regierung (durch klare Koalitionsaussagen/Blockbildung) und ihr Programm (Wahlprogramme) überlassen werden. Dass die Wähler auch mit einem Schattenkabinett über die Köpfe in der Regierungsalternative informiert wurden, passt ebenfalls in diese neue offenere Beteiligungskultur weiterer Bevölkerungsgruppen. Dass diese Phase in der politischen Kultur der Niederlande wieder abgeschwächt wurde, lässt sich wohl nicht zuletzt an einem wesentlichen Bestandteil des politischen Systems festmachen. Das Wahlsystem förderte – nach dem Wegfall der Säulenbindung – durch das Fehlen einer größeren Hürde eine Zersplitterung des Parteiensystems. Radikale Parteien am linken (kommunistischen und sozialistischen) und rechten (religiös-orthodoxen oder ausländerfeindlichen) Rand sind seit den 1960er immer wieder im Parlament vertreten, spielen allerdings in den Regierungsbildungen keine Rolle. Der relativ hohe Stimmenanteil (im Durchschnitt über zehn Prozent) dieser Parteien führt dazu, dass die Chancen als Block mehrheitsfähig zu werden weiter schwinden.

### **6.3 Konsens der Vernünftigen**

Als Mitte der 1970er immer deutlicher wurde, dass der Progressive Block u.a. durch die systembedingte Zersplitterung des Parteienspektrum nicht in der Lage war, eine eigene Mehrheit zu erhalten, erfolgte ein Strategiewechsel. Zum einen spiegelt sich hierin das Machtinteresse der Parteien wider, zum anderen aber die Notwendigkeit in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu Problemlösungen zu kommen.

Dieses Umschwenken in der politischen Kultur zeigt sich auch im Wahlkampf, in dem beispielsweise 1981 der Wille zur Zusammenarbeit auch plakativ in der Kommunikation mit dem Wähler umgesetzt wurde.

Ein anderer Trend in der politischen Kommunikation hat aus meiner Sicht weniger mit der zurückgekehrten politischen Konsenskultur zu tun, als vielmehr mit einem altbekannten Phänomen: Die professionalisierten Wahlkampfapparate der Parteien versuchen zunehmend ihre charismatischen Spitzenkandidaten in den Vordergrund ihrer Kampagne zu stellen. Es sollte spätestens seit Max Webers "Wirtschaft und Gesellschaft" aus dem Jahr 1919 kein Geheimnis mehr sein, dass man durch eine starke persönliche Ausstrahlung zum legitimen Herrscher werden kann.

Anknüpfend hieran muss man gleichzeitig auch das Interesse des Mediensystems an dieser Form von Wahlkampf sehen. Die Medien haben ein ureigenes Interesse daran, eher ein Wettrennen der "Köpfe" zu begleiten, als den Kampf um oft viel zu komplizierte Inhalte, da sich dies einfach besser verkaufen lässt.

Die zunehmende Konkurrenz im Mediensystem unter den Rundfunkanbietern (später noch weiter verstärkt durch die rein kommerziell arbeitenden Privatanbieter) verändert auch die politische Kommunikation, da auch die Parteien aus gutem Grund teilweise auf diesen Wunsch der Medien eingehen. Die finanziell schwach ausgestatteten Parteien gieren förmlich nach kostenloser *Publicity*, müssen allerdings im Gegenzug ihre Selbstdarstellung dem jeweiligen Medium anpassen. Trotz dieser immer mediengerechteren Selbstdarstellung der Politik kam es in der politischen Kommunikation bei den nach Regierungsmacht strebenden Parteien praktisch nie dazu, den politischen Konkurrenten mit "negative campaigning" anzugreifen. Die politische Konsenskultur ist – wie bereits dargestellt – bedingt durch das fragmentierte Parteiensystem und die Erwartung, dass eigene Mehrheiten unmöglich sind. Alle Parteien wollen weiterhin für möglichst viele Partner offen bleiben und versuchen nicht die Konkurrenz zu vernichten, sondern sie durch die Verstärkung der eigenen medialen Präsenz möglichst klein zu halten.

Letztendlich ist hier eine Doppelstrategie erkennbar. Zum einen versuchen die Parteien ihren Einsatz im Wahlkampf (beispielweise durch eine Personalisierungsstrategie) zu verstärken, andererseits werden strittige Themen möglichst aus dem Wahlkampf herausgehalten, um eine spätere Koalitionbildung zu erleichtern.

#### **6.4 Polarisierung der Zyniker**

Aus der gegebenen Sachlage entstehen mehrere problematische Entwicklungen. Die inhaltliche Positionierung der Parteien ist sehr viel schwieriger, da sich die Parteiprogramme nicht zu weit voneinander entfernen dürfen, um als Partei koalitionsfähig zu bleiben. Die programmatische Konzentration auf die Mitte kann und wird von radikalen Partei natürlich zur Abwerbung von Wählern genutzt. Die niedrige Wahlhürde von 0,68% begünstigt eine Fragmentierung des Parteiensystems durch das leichte Aufkommen neuer Parteien am politischen Rand. Dies ist eine gefährliche Konstellation, da die konsensuale Zusammenarbeit der politischen Mitte auch in gemäßigten Bevölkerungskreisen nun zur Abkehr von der Politik führen kann. Noch in den 1960ern hätte man diese Form politischer Apathie als positiv und systemstabilisierend angesehen. Allerdings kann diese Apathie auch durch einen Zustand von Zynismus abgelöst werden. Die einseitige Berichterstattung der Medien über das ewige Wettrennen zwischen den Kandidaten und die Darstellung von Politik als einem *strategic game* verstärkt diesen Prozess zum Zynismus noch weiter, den Cappella und Jamieson (1997) eine *spiral of cynicism* getauft haben.

Die zynischen Wähler in den Niederlanden haben wahrscheinlich mehrheitlich keine neue politische Heimat gesucht, aber sie wurden bei der Wahl 2002 fündig. In Pim Fortuyn und seiner Liste vereinten mehrere Vorteile zugleich: Fortuyns Auftreten war mediengerecht und verkaufswirksam. Er

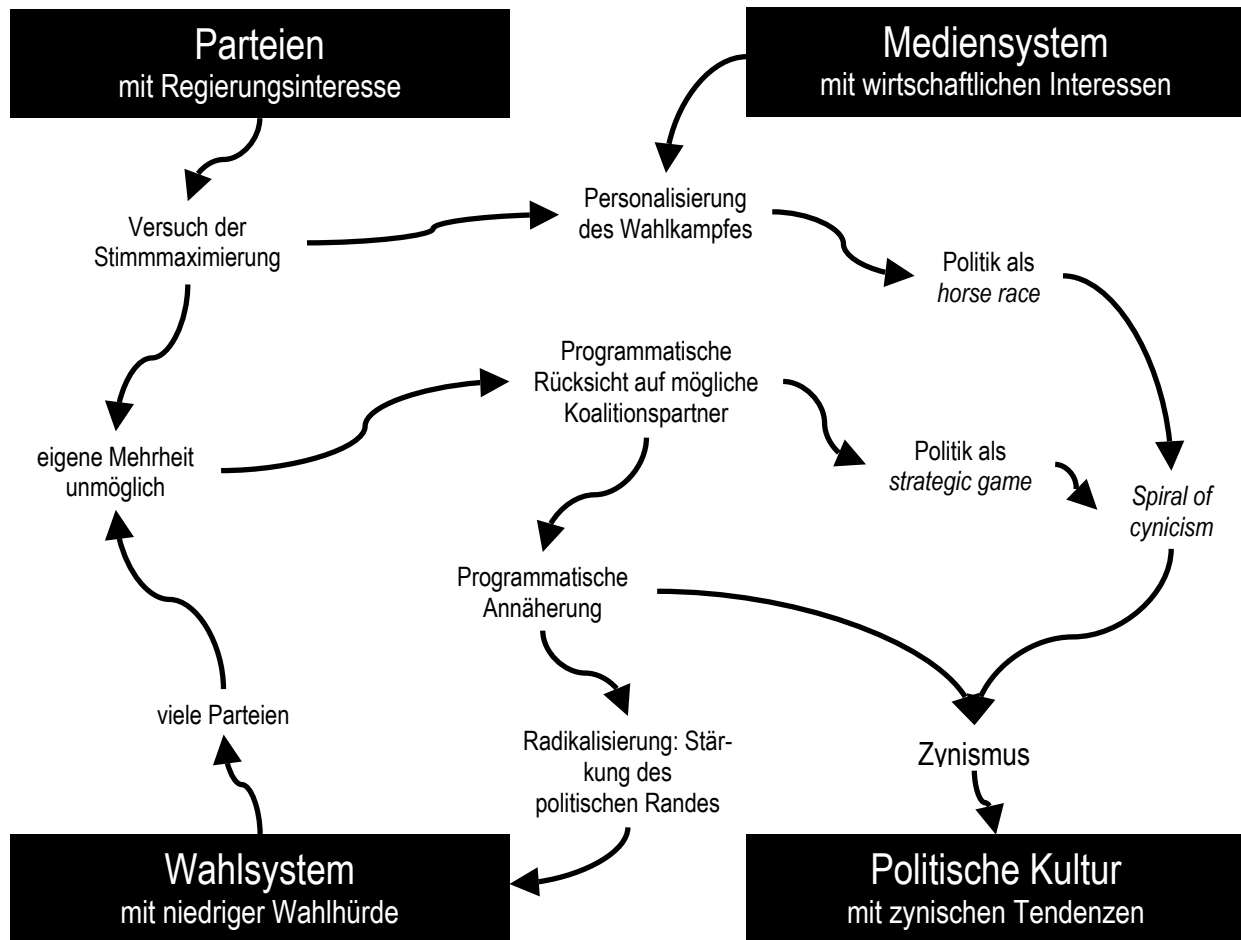
nahm bei Debatten mit Politikern anderer Parteien keine große Rücksicht auf sein Gegenüber, sondern richtete seine Kritik stets gegen das versammelte Establishment. Mit schwierigen Themen wie der Ausländerproblematik oder dem kränkelnden Gesundheitssystem verstand er zu polarisieren. Eigentlich hat ein Akteur, der sich im Wahlkampf nicht an die Konventionen hält, spätestens bei den Koalitionsgesprächen und der Regierungsbildung Probleme noch Partner für eine Regierungsteilnahme zu finden. Aber es war schließlich schwierig die zweitstärkste Partei und den großen Wahlgewinner von der Regierungsverantwortung auszuschließen und damit dem Wählerwillen zu widersprechen. Hinzu kommt, dass man somit die gefährliche Konkurrenz in das System integriert – eine Maßnahme, die an die Aufnahme der TROS in das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem erinnert. Diese Entscheidung war insofern von Erfolg gekrönt, als dass sich die LPF während ihrer Regierungsteilnahme ohne die Führung ihres charismatischen Gründers in Chaos auflöste.

Es stellt sich die Frage, was bei der Wahl 2003 von der „Polarisierung der Zyniker“ geblieben ist und was noch nachkommen kann. Die politische Konsenskultur ist in den Niederlanden schon seit längerem durch Zynismus bedroht. Die Thematisierung schwieriger Themen bei der Wahl 2002 hat dazu geführt, dass sich die Parteien im Wahlkampf 2003 teilweise programmatisch neu ausgerichtet haben, um wie die VVD ehemalige LPF-Wähler aus dem ausländerfeindlichen Milieu zu gewinnen, die man 2002 teilweise verloren hatte.

Die Sozialdemokraten haben ein grandioses Comeback gefeiert und dabei von den Fähigkeiten ihres medienerprobten Spitzenkandidaten Wouter Bos profitiert, der in den anschließenden Koalitionsgesprächen mit dem CDA nach inhaltlichen und persönlichen Streitigkeiten die Oppositionsrolle vorgezogen hat. Es gab keinen Konsens auf Kosten des eigenen Profils, sondern man blieb auf beiden Seiten – beispielweise in der Irakfrage – standhaft. Die Zeiten, wo man die Chance zur Regierungsteilnahme genutzt hat wo es nur ging, scheinen vorerst vorbei zu sein. Der kleinste Koalitionspartner der jetzigen Regierung musste gar in die Regierung gelobt werden, wollte man doch auf Seiten der D66 nach dem weiteren Verlust von einem Mandat lieber in die Opposition.

Der Wahlkampf 2003 war bedingt durch den Termin im Januar (nur kurz nach Weihnachten und Neujahr) zu kurz, um ihn als normal einstufen zu können. In Hinblick auf die politische Kultur hat der Wert der „Deutlichkeit“ – wie er bereits Ende der 1960er propagiert wurde – zugenommen. Ob die politische Kommunikation im Wahlkampf sich in Zukunft wieder verstärkt auf den Streit über Themen und Inhalte konzentrieren wird, wird sich zeigen müssen. Um dem Zynismus entgegenzuwirken darf sich die niederländische Politik in keine Konsensfalle bewegen, in der man dann auch noch künstlich versucht der Medienlogik gerecht zu werden. Die Parteien müssen über die Programme unterscheidbar sein und ihre Positionen insbesondere im Wahlkampf offensiv vertreten.

**Übersicht 1: Der Prozess zum politischen Zynismus in den Niederlanden**



Quelle: Eigene Darstellung

**6.5 Fazit**

Stehen die politische Kultur und die politische Kommunikation in einem direkten Zusammenhang? Ich habe in dieser Arbeit den Wandel der politischen Kultur beschrieben. Dieser Wandel ist bis heute geprägt durch die Strukturen, die sich bereits zur Zeit der Versäulung herausgebildet haben. Beispielfhaft seien hier die drei größten Parteien CDA, PvdA und VVD genannt, die noch immer wesentlich die politischen Geschicke des Landes lenken, oder das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem, das trotz kleiner Anpassungen an die zeitlichen Gegebenheiten bis heute Bestand hat.

Die politische Kommunikation ist vor allem in Zeiten der Polarisierung von der politischen Kultur beeinflusst. Der Wahlkampf steht unabhängig von Polarisierung oder Konsenskultur immer unter dem Einfluss des Wahlsystems, das die vielen Parteien zur Zurückhaltung zwingt, solange sie koalitionsfähig bleiben wollen. Die Medien werden in einer Parallelstrategie genutzt, um trotz „Kuschel- und Knuddelwahlkampf“ gestärkt in die *formatie* gehen zu können.

## IV. Quellenverzeichnis

- Alemann, Ulrich von (1975): „Stabilität und Gleichgewicht als Theoreme der Parteien- und Parlamentarismustheorie“. In: Politische Vierteljahresschrift 16(1975), S. 3-28, zitiert nach: Lepszy (1979: 22).
- Alemann, Ulrich van/Marschall, Stefan (2002) [Hrsg.]: „Parteien in der Mediendemokratie“, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Alles op een rij (2003): „Formatie en zittingsduur van kabinetten vanaf 1945“, Rijswijk: Steermers.nl.  
URL: [http://www.allesopeenrij.nl/lijsten/politiek/formatie\\_zittingsduur\\_kabinet.html](http://www.allesopeenrij.nl/lijsten/politiek/formatie_zittingsduur_kabinet.html)  
[2. September 2003]
- Andere tijden (2003): „De anti-KVP-motie“, Hilversum: Nederlandse Programma Stichting, Sendung vom 20. Mai 2003.  
URL: <http://www.vpro.nl/rmstreams.db?13721802>  
[2. September]
- Andweg, Rudy B./Irwin, Galen A. (1993): „Dutch Government and Politics“, Basingstoke: Macmillan.
- Anker, Hans (1994): „Is de Nederlandse kiezer of drijft geraakt?“. In: „Jaarboek Documentatiecentrum Politieke Partijen 1993“, Groningen: Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen, S. 145-164.  
URL: <http://www.ub.rug.nl/eldoc/dnpp/1993/jv-93-05.pdf>  
[28. August 2003]
- Bardoel, Jo/van Reenen, Ben (2002): „Medien in den Niederlanden“. In: Hans-Bredow-Institut (Hrsg): „Internationales Handbuch Medien“, Baden-Baden: Nomos, S. 444-460.
- Bolt, Rodney (1997): „Die Holländer pauschal“, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Bos, Wouter (2003): „Wouter Bos over politiek en media“, Rede anlässlich der Jahrestagung der niederländischen Journalistenvereinigung NVJ am 24. Mai 2003.  
URL: <http://pvda.nl/printable.do/menuId/37298/sf/45527/returnPage/45527/itemId/15440/instanceId/37907/pageId/45531/>  
[8. September 2003]
- Bosmans, Jac (1992): „Die Entwicklung des Parlamentarismus und der politischen Parteien in den Niederlanden“. In: „Die Niederlande und Deutschland : Nachbarn in Europa“, Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, S. 65-78.
- Brants, Kees (1995): „The Blank Spot : Political Advertising in the Netherlands“. In: Kaid, Linda Lee/Holtz-Bacha, Christina: „Political Advertising in Western Democracies : Parties & Candidates on Television“, Thousand Oaks, London, New Delhi: Sage Publications, 1995.
- Cappella, Joseph N./Jamieson, Kathleen Hall (1997): „The Spiral of Cynicism. The Press and the Public Good“, New York: Oxford Press.
- CBS (2003): „Verkiezingsuitslag van de Tweede Kamerverkiezingen“, Voorburg/Heerlen: Centraal Bureau voor de Statistiek.  
URL: <http://statline.cbs.nl/StatWeb/Table.asp?STB=G1&LA=nl&DM=SLNL&PA=37278&D1=a&D2=a&HDR=T>  
[28. August 2003]

- Cordes, Doris (2002): „Die Finanzierung der politischen Parteien Deutschlands, Österreichs und der Niederlande“ Oldenburg: Universität, Dissertation.  
URL: <http://docserver.bis.uni-oldenburg.de/publikationen/dissertation/2002/corfin01/pdf/corfin01.pdf>  
[28. August 2003]
- CvdM (2003): „Mediaconcentratie in beeld : concentratie en pluriformiteit van de nederlandse media 2002“, Hilversum: Commissariaat voor de Media.  
URL: <http://212.123.210.192/documents/mmc2002.pdf>  
[29. August 2003]
- Diller, Ansgar (1999): „Öffentlich-rechtlicher Rundfunk“. In Wilke, Jürgen (Hrsg.): „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 146-166.
- Duijvesteijn, Hieronymus Henricus/Hogewind, Sabine/de Ridder, Willem Jan (2002): "Sturen of bestuurd worden : verkiezingen 2002", Den Haag: Stichting Maatschappij en Onderneming
- Elzinga, Douwe Jan/Voerman, Gerrit (2002): „Om de stembus : verkiezingsaffiches 1918-1998“, Amsterdam: Veen, 2. durchgesehene und aktualisierte Auflage.
- van der Eijk, Cees (2000): „The Netherlands: Media and Politics between Segmented Pluralism and Market Forces“. In: Gunther, Richard/Mughan, Anthony: „Democracy and the media : a comparative perspective“, Cambridge: Cambridge University Press, S. 303-334.
- Fenner, Christian (1998): „Politische Kultur“. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): „Wörterbuch Staat und Politik“, München: Piper, S. 565-572, 5. Auflage.
- Finck, Mareike (2002): „Von der Konkordanzdemokratie zur Konkurrenzdemokratie? : Die Niederlande und Israel im Vergleich“, Oldenburg: Universität, Magisterarbeit.
- Fritz-Vannahme, Joachim: „Pim, der Schmuddeltyp : Wahlkampf in den Niederlanden: Der rechte Populist Fortuyn mischt die Szene auf und lehrt die Konsensdemokraten das Fürchten“ in DIE ZEIT, 16/2002.  
URL: [http://www.zeit.de/2002/16/Politik/print\\_200216\\_fortuyn.html](http://www.zeit.de/2002/16/Politik/print_200216_fortuyn.html)  
[08. August 2003]
- Geismann, Georg (1964): „Politische Struktur und Regierungssystem in der Niederlanden“, Frankfurt am Main: Athenäum Verlag.
- Gelekatern (2000): „Nederlanders en hun gezagdragers 1950-1990: verzuiling, polarisatie en herwonnen consensus“, Nr. 27 vom 22. November 2000, S. 22-35.  
URL: [http://cfi.kennisnet.nl/Images/2\\_2003.pdf](http://cfi.kennisnet.nl/Images/2_2003.pdf)  
[28. August 2003]
- Gladdish, Ken (1991): „Governing from the Center : Politics and Policy-Making in the Netherlands“, London: C. Hurst.
- Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (1997): „Politische Kultur“ in: „Grundwissen Politik“, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 3. Auflage, S. 167-237.
- Houterman, F. I. M. (1994): „Politieke communicatie: een Echternach-processie“. In: Kramer/Nijpels/Pauw/Tiddens (1994), S. 62-69.
- Huijskens, Ch. L. (1994): „Televisie en film als wapen in de Nederlandse politiek“. In: Kramer/Nijpels/Pauw/Tiddens (1994), S. 109-115.
- Inglehart, Ronald (1995): „Kultureller Umbruch : Wertewandel in der westlichen Welt“, Frankfurt: Campus, Studienausgabe 1995.



- Kleinfeld, Ralf (1998): „Niederlande-Lexikon : Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft.“. In Müller, Bernd [Hrsg.]: „Vorbild Niederlande? : Tips und Informationen zu Alltagsleben, Politik und Wirtschaft“, Münster: Agenda-Verlag, S. 115-231.
- Kleinnijenhuis, J./Oegema, D./de Ridder, J.A./Ruigrok, P.C. (1998): „Paarse polarisatie : De slag om de kiezer in den media“, Alphen aan de Rijn: Samsom.
- Koole, Ruud A. (1987): „Uiterste noodzaak en partijpolitieke eenwording: Over het belang van interne partijverhoudingen bij coalitievorming“. In: „Jaarboek Documentatiecentrum Politieke Partijen 1986“, Groningen: Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen, S. 99-117.  
URL: <http://www.rug.nl/dnpp/jaarboeken/jaarboek1986/jv86-05.pdf>  
[07. September 2003]
- Kramer, N. P. G. W. M./Nijpels, E. H. T. M./Pauw, B. M. J. P./Tiddens, L. (1994) [Hrsg.]: “Politieke communicatie in Nederland : over campagnes, kandidaten en media”, 's-Gravenhage: Sdu Uitg. Koninkrijksrecht.
- Lademacher, Horst (1983): „Geschichte der Niederlande : Politik – Verfassung – Wirtschaft“, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Lademacher, Horst (1993): „Die Niederlande : politische Kultur zwischen Individualität und Anpassung“, Berlin: Propyläen-Verlag.
- Lepszy, Nobert (1979): „Regierung, Parteien und Gewerkschaften in den Niederlanden : Entwicklung und Strukturen“, Düsseldorf: Droste.
- Lepszy, Nobert (2003): „Das politische System der Niederlande“. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): „Die politischen Systeme Westeuropas“, Opladen: Leske und Buderich, 3., aktualisierte und überarbeitete Auflage, S. 349-387.
- Lepszy, Nobert/Woyke, Wichard (1985): „Belgien, Niederlande, Luxemburg : Politik – Gesellschaft – Wirtschaft“, Opladen: Leske und Buderich.
- Lijphart, Arend (1968): „The Politics of Accommodation : Pluralism and Democracy in the Netherlands“, Berkeley and Los Angeles: University of California Press.
- Lijphart, Arend (1990): „Verzuiling, pacificatie en kentering in de nederlandse politiek“, Haarlem: Becht, 10. Auflage.
- Meyn, Hermann (1996): „Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland“, Berlin: Wissenschaftsverlag Volker Spiess, überarbeitete und aktualisierte Auflage 1996.
- Lucardie, Paul (2003): „Partijen in de penarie: hoe de pijlers van ons politiek bestel in financiële nood geraken“ in: Reijntjes, J.M./Spoormans, H.C.G.: „Zijn politici te koop? Over de financiering van Politieke Partijen“, Deventer, S. 15-27.  
URL: <http://www.rug.nl/dnpp/themas/partijfinancien/lit/lucardie.pdf>  
[7. September 2003]
- Melching, Willem (2002): „Deutscher Herbst – holländischer Frühling? : Protestbewegung und politische Kultur 1960-1980“. In: Wielenga, Friso [Hrsg.]: „Politische Kulturen im Vergleich : Beiträge über die Niederlande und Deutschland seit 1945“, Bonn: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 80-98.
- MinBZK (2003): „Kieswet“, Den Haag: Ministerie van Binnenlandse Zaken en Koninkrijksrelaties, gültige Fassung vom 7.März 2002.  
URL: [http://www.minbzk.nl/contents/pages/00014689/bepalingen\\_kiesrecht\\_3-02.pdf](http://www.minbzk.nl/contents/pages/00014689/bepalingen_kiesrecht_3-02.pdf)  
[2. September 2003]

Monasch, Jaques (2002): „De strijd om de macht : Politieke campagnes, idealen en intriges“, Amsterdam: Prometheus.

Naßmacher, Karl-Heinz (2002): „Die Kosten der Parteitätigkeit in westlichen Demokratien“ in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1(2002), S. 7-20.

URL: [http://www.oezp.at/oezp/aktuell/2002\\_1\\_nassmacher.htm](http://www.oezp.at/oezp/aktuell/2002_1_nassmacher.htm)  
[1. September 2003]

Nehmelman, R. (2000): “Ondoorzichtige partijfinanciering : De Wet Subsidiëring politieke partijen en de financiële verantwoordingsplicht van politieke partijen“. In: „Jaarboek Documentatiecentrum Politieke Partijen 1999“, Groningen: Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen, S. 156-174.

URL: <http://www.rug.nl/dnpp/jaarboeken/jaarboek1999/h7.pdf>  
[29. August 2003]

Pellikaan, Huib/van der Meer, Tom (2003): „Verkiezingen 2003: keuze tussen pacificatie of polarisatie : Loslaten van het links-rechts denken als de enige politieke dimensie“, Nederland Kiest vom 21. Januar 2003.

URL: [http://www2.omroep.nl/nos/verkiezingen/paginas/achtergrond/Pellikaan\\_lang.html](http://www2.omroep.nl/nos/verkiezingen/paginas/achtergrond/Pellikaan_lang.html)  
[20. August 2003]

Plasser, Fritz/Plasser, Gunda (2003): „Globalisierung der Wahlkämpfe : Praktiken der Campaign Professionals im weltweiten Vergleich“, Wien: WUV-Universitätsverlag.

Praag, Philip van/Brants, Kees (2000): „Tussen beeld en inhoud : Politiek en media in de verkiezingen van 1998“, Amsterdam: Het Spinhuis.

Praag, Philip van (2002): „De LPF-kiezer: Rechts, cynisch of modaal?“. In: „Jaarboek Documentatiecentrum Politieke Partijen 2001“, Groningen: Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen, S. 96-116.

URL: <http://www.rug.nl/dnpp/jaarboeken/jaarboek2001/lpf.pdf>  
[04. September 2003]

Raad voor Maatschappelijke Ontwikkeling (2003): „Medialogica : Over het krachtenveld tussen burgers, media en politiek“, Den Haag: Sdu Uitgevers.

Regierungsinformationsamt (1958): „Die Niederlande in der Gegenwart : ein kurzer Abriss“, Band: „Teil 1. Staatsverfassung und Verwaltung“, Den Haag: Regierungsinformationsamt.

Schinkelshoek, J. (1994): „Het dubbelloops jachtgeweer: verkiezingscampagne CDA 1986“ in: Kramer/Nijpels/Pauw/Tiddens (1994), S. 177-183.

Sontheimer, Kurt/Bleek (1999), Wilhelm: „Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland“, München: Piper, 11. Auflage.

Steiniger, Rudolf (1975): „Polarisierung und Integration : Eine vergleichende Untersuchung der strukturellen Versäulung der Gesellschaft in den Niederlanden und Österreich“, Meisenheim am Glan: Anton Hain.

Thiel Ehlis (1998): "Rundfunkwege : Öffentlich-rechtliches Fernsehen in den Niederlanden in der dualen Rundfunkordnung. Eine Analyse mit vergleichendem Blick auf Österreich.", Wien

URL: <http://www.ned.univie.ac.at/publicaties/broschueren/rundfunk.pdf>  
[30. September 2003]

Toonen, Sjaak (1992): „Op zoek naar charisma : Nederlandse politieke partijen en hun lijsttrekkers 1963-1986“, Amsterdam: VU Press.

Zitzmann, Marc (2002): „Verlust der Unschuld : Holland nach dem Mord an Pim Fortuyn“ in : Neue Zürcher Zeitung vom 11. Mai 2002.

## Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich diese Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel und Quellen benutzt habe.

Torsten Stollen  
Ratingen im September 2003

© Copyright 2003 by Torsten Stollen

Torsten Stollen  
Homberger Straße 53 A  
40882 Ratingen

<http://www.torsten-stollen.de>  
[stollen@gmx.de](mailto:stollen@gmx.de)